

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 9 · 41. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 14.10.2010

Bilanz?

Ob der Nachtragshaushalt mit zusätzlichen Krediten eine neue Schuldenpolitik ankündigt oder Abschlussbilanz der Vorgängerregierung ist, darüber stritten die Fraktionen in einer Grundsatzdebatte.

S. 4

Schule

In zwei Schulversuchen möchte die Landesregierung Veränderungen erproben: die Einführung der Gemeinschaftsschule und eine Abiturschulzeit von wahlweise acht oder neun Jahren – der Zoff folgte prompt.

S. 7-8

Wissen

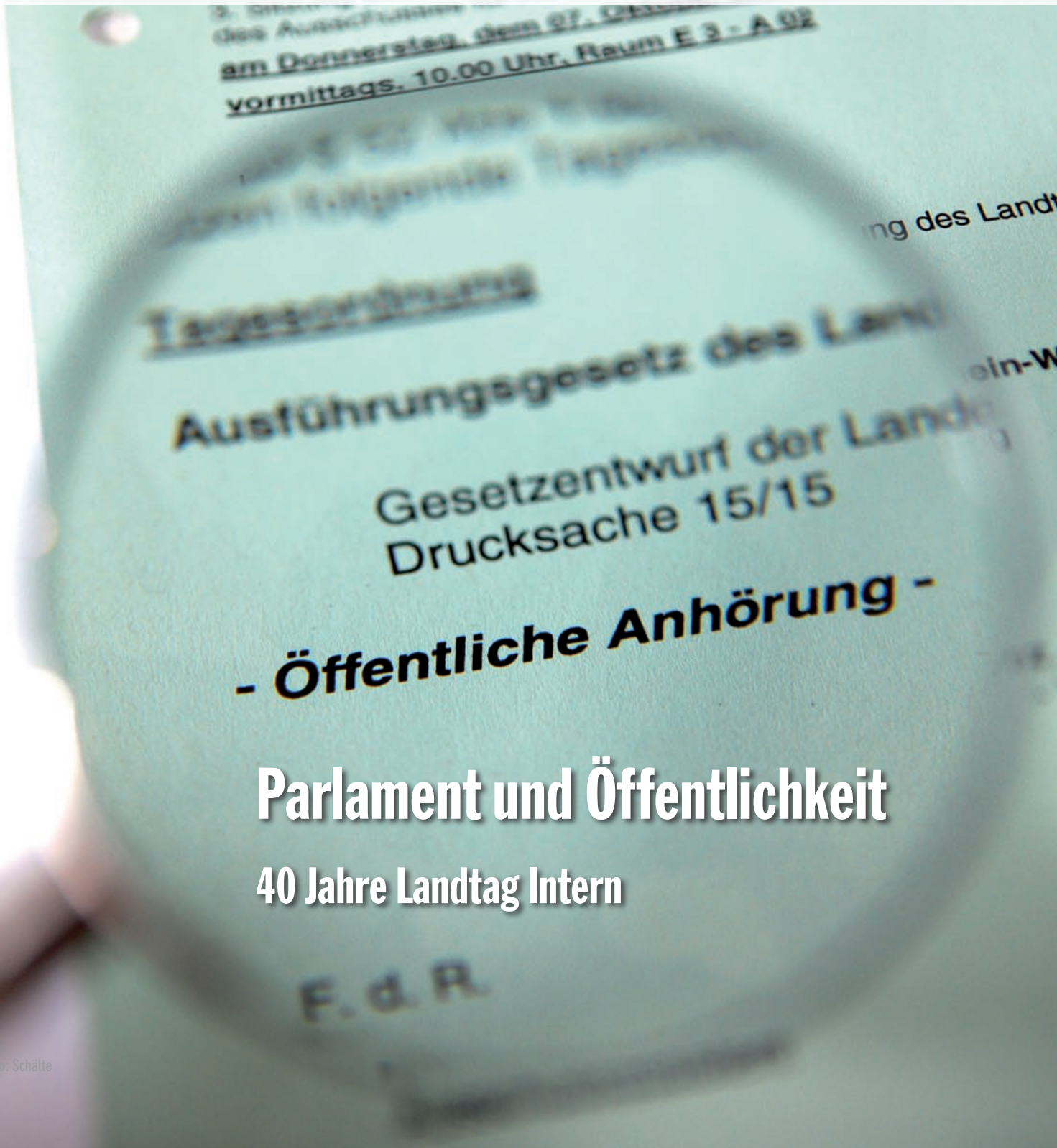
Die Menschen in NRW haben das Recht zu erfahren, welche Entscheidungen die Abgeordneten treffen. Dabei hilft Landtag Intern seit 40 Jahren. Ein Schwerpunkt nicht nur zur Parlamentszeitschrift.

S. 10-13

Weitblick

Früh übt sich, wer Politik verstehen will: Beim 3. Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen kommen 181 Jugendliche zusammen, um die parlamentarische Arbeit kennenzulernen und selbst auszuprobieren.

S. 18-19



Parlament und Öffentlichkeit

40 Jahre Landtag Intern

Das Parlament – offen für Öffentlichkeit

„Die Sitzungen des Landtags sind öffentlich.“ So steht es in Artikel 42 der nordrhein-westfälischen Landesverfassung. Das Bekenntnis zur Öffentlichkeit der Parlamentsarbeit kann nicht hoch genug bewertet werden. Erst dadurch, dass die Willensbildung in der Volksvertretung öffentlich einsehbar ist, wird sie transparent, nachvollziehbar und kontrollierbar. Ohne Öffentlichkeit ist also kein demokratischer Staat zu machen. Sie ist Grundlage für das legitime Handeln des Parlaments und Voraussetzung für politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger.

Wie vielfältig Öffentlichkeit ist, zeigt ein Blick auf die Zuschauertribüne im Landtag Nordrhein-Westfalen. Dort können über 330 Gäste eine Plenarsitzung mitverfolgen. Unter ihnen befinden sich Besucherinnen und Besucher, die sich als Privatpersonen für das Parlament interessieren. Sie bilden einen wichtigen Teil der Öffentlichkeit vor Ort, ebenso wie Repräsentantinnen und Repräsentanten aus Kirche, Staat und Gesellschaft. Diese Ehrengäste machen deutlich, dass parlamentarisches Handeln im Kontext unterschiedlicher Meinungen und öffentlich artikulierter Positionen geschieht.

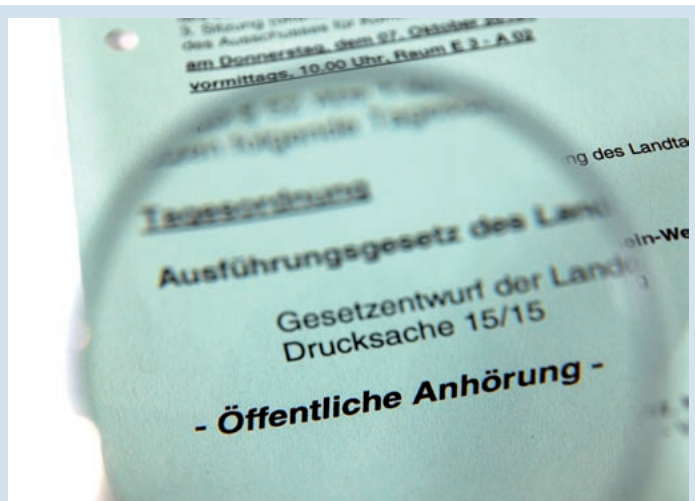
Allerdings kann erst eine weitere Gruppe von Beobachterinnen und Beobachtern garantieren, dass möglichst viele Menschen im Land von den parlamentarischen Debatten erfahren. Die Vertreterinnen und Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen sorgen für die über Massenmedien vermittelte Öffentlichkeit. Ohne sie wäre öffentliche Meinungsbildung

über das Parlament kaum denkbar. Daher ist es Aufgabe der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Landtags, den Journalistinnen und Journalisten die Berichterstattung aus dem Parlament zu erleichtern.

40 JAHRE „LANDTAG INTERN“

Die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags hat außerdem den Anspruch, eine breite Öffentlichkeit umfassend und parteipolitisch neutral über parlamentarische Abläufe zu informieren. Hierzu leistet „Landtag Intern“ seit 40 Jahren einen Beitrag. Regelmäßig bietet die Parlamentszeitschrift einen Überblick über die aktuellen Themen im Landtag und erreicht damit zehntausende Leserinnen und Leser.

So wie sich die Erscheinungsformen der Öffentlichkeit, der Medien und gesellschaftlicher Interessen wandeln, so hat sich auch diese Zeitschrift weiterentwickelt. Das Jubiläum soll Anlass sein, auf vier Jahrzehnte „Landtag Intern“ zurückzublicken und im Schwerpunkt das Verhältnis von Parlament und Öffentlichkeit zu thematisieren. Die Berichterstattung über Plenarsitzungen und Ausschüsse steht selbstverständlich im Zentrum auch dieser besonderen Ausgabe. Denn das bleibt der Anspruch von „Landtag Intern“: Leserinnen und Lesern Informationen anzubieten, damit diese sich selbst ein Bild über das Parlament machen können. *SW*



Schwerpunkt: Parlament und Öffentlichkeit

Gut Schritt gehalten	3
Weder Hinterzimmer noch Talkshow-Bühne	10
40 Jahre gedruckte Demokratie	11
Schlag auf Schlag	12-13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Haushalt: Wer hat's bestellt?	4
Sozialpolitik: Viel Streit um einen Fünfer	5
Frauenpolitik: Qualität trotz Schuldenberg	6
Schule I: Hitzige Debatte über Turbo-Abitur	7
Schule II: Gemeinsam lernen – allein entscheiden?	8
Umwelt: Kontroverse über Kontrollen	9

Aus den Ausschüssen:

Gartenbau: Kraut und Rüben	15
Meldungen	16
Inneres: Zensusgesetz auf dem Prüfstand	17
Pakistan: Lage weiterhin dramatisch	22
Laufende Gesetzgebung	14
Jugend-Landtag: Abgeordnete für 48 Stunden	18-19
Aus den Fraktionen	20-21
Porträt: Carina Gödecke (SPD)	23
Impressum	23
Termine	24



Gut Schritt gehalten für die Zukunft

Landtagspräsident und Ministerpräsidentin zum Jubiläum von Landtag Intern

Landtag Intern wird 40 Jahre alt. Grund genug für Rückblick und Ausblick auf Themen, Arbeitsmethoden und Zielsetzungen der Landtagszeitung. Als langjährige Abgeordnete kennen Eckhard Uhlenberg und Hannelore Kraft das Parlamentsmagazin sehr gut. Als Präsident und Herausgeber bzw. als Ministerpräsidentin schreiben sie Grußworte zum runden Geburtstag.



Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg CDU

Umsetzung: verständlich und beispielhaft, vor allem aber ausgewogen aus der Arbeit unseres Landtags zu berichten. Die journalistische Mischung schließt dabei Anekdotisches ebenso ein wie Beiträge aus „fremden Federn“ und die „O-Töne“ der im Parlament konkurrierenden oder koalierenden Parteien und Fraktionen.

Das schließt, Geburtstag hin oder her, eine regelmäßige Blattkritik mit ein. Meine Meinung ist, dass die „Blattmacher“ von Landtag Intern gut Schritt gehalten haben mit unseren veränderten Lesewünschen und -gewohnheiten. Mir liegt daran, dass das so bleibt. Hat aber angesichts der heutigen Fülle an Informationen, auch über elektronische Medien, eine eigene Zeitschrift des Landtags noch eine Berechtigung?

Ich bin fest überzeugt: ja. Gerade bei meinen eigenen Besuchergruppen erlebe ich, dass diese Chance, sich „auf einen Blick“ ein ergänzendes Bild vom Parlamentsbetrieb, seinen Themen, Verfahren und Menschen zu verschaffen, geschätzt und genutzt wird. Ich sehe es auch als eine Einladung an, sich beim interessierten Blättern oder gezielten Suchen Rechenschaft über die Tätigkeit von uns Volksvertretern geben zu lassen.

Hier kommen wichtige Themen zur Geltung, die die landespolitische Berichterstattung von Tageszeitungen und Rundfunk nicht abdeckt. Hier ist Raum, die Arbeit der Ausschüsse vorzustellen und aus den Fraktionen Argumente und Positionen fair nebeneinander zu stellen – so knapp und so ausführlich, wie es eine fundierte sachpolitische Informationen einfach braucht. Daher freue ich mich auf „Landtag Intern“ in der 15. Wahlperiode, die als Fünf-Parteien-Parlament besonders spannend zu werden verspricht. Ich hoffe, Sie freuen sich mit mir auf die kommenden Ausgaben.

Herzlichst
Ihr Eckhard Uhlenberg



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

Mit „Landtag Intern“ als neuem Informationsdienst komme „zum Ausdruck, dass das Parlament der Geheimniskrämerei tot ist“, schrieb der damalige Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz auf die Titelseite der ersten Ausgabe. Das war am 8. Oktober 1970. Heute könnte die Jubiläumsausgabe unserer Parlamentszeitschrift zugespitzt mit der Schlagzeile titeln: „Das Parlament der klaren Mehrheiten ist tot.“

Wir erleben jetzt bei uns in Nordrhein-Westfalen, was in skandinavischen Ländern oder in Kanada geübte Praxis ist. In seiner 15. Wahlperiode ist der Landtag ein Fünf-Parteien-Parlament. Das stellt die Abgeordneten und Fraktionen vor neue Herausforderungen. Ich sehe darin eine Chance für die Demokratie. Und eine Stärkung des Parlaments. Voraussetzung ist, dass sich alle – Regierung und Opposition – ihrer Verantwortung stellen. Die Minderheitsregierung muss für ihre politischen Inhalte werben, für das, was sie voranbringen will. Sie muss Partner gewinnen, um mit ihnen gemeinsam das Beste für unser Land zu erreichen. Ob das gelingt, hängt nicht nur von der Minderheitsregierung ab, sondern auch davon, wie sich die anderen Fraktionen auf diese Situation einstellen.

Vor 40 Jahren hatte Ministerpräsident Heinz Kühn bei der Landtagswahl eine eigene Mehrheit gewonnen. Heute gibt es diese „klaren Verhältnisse“ nicht mehr. Das Wahlverhalten der Menschen hat sich verändert. Und dadurch rückt die Debatte im Parlament wieder in den Mittelpunkt. Konstruktive Vorschläge, überzeugende Argumente haben jetzt Konjunktur. Gute Zeiten für die Demokratie. Wenn wir gemeinsam die Chance einer Stärkung der Demokratie nutzen, leisten wir auch einen Beitrag gegen Politikverdrossenheit.

Mit Worten, die heute so aktuell sind wie damals, definierte Landtagspräsident Wilhelm Lenz das Ziel dieser Zeitschrift: „Den Abgeordneten und die Öffentlichkeit zu informieren, damit die im landespolitischen Verantwortungsbereich zu verfolgenden Aufgaben nicht nur erkennbar sind, sondern auch kontinuierlich sichtbar zu machen, wie sie in einem modernen parlamentarischen Stil bewältigt werden.“

Herzlichen Glückwunsch, „Landtag Intern“.
Hannelore Kraft

Wer hat's bestellt?

Nachtragshaushalt: Streit über neue Schulden

29. September 2010 – Nur mit neuen Schulden ließen sich die Löcher im Haushalt stopfen, welche die Vorgängerregierung hinterlassen habe, begründete die rot-grüne Landesregierung den vorgelegten Nachtragshaushalt. Dieser beinhaltet einen Anstieg der Nettoneuverschuldung um 2,3 Milliarden Euro auf knapp 8,9 Milliarden Euro. CDU und FDP sehen darin einen Abschied von der Haushaltskonsolidierung sowie „mangelnden Sparwillen“. Die Linksfraktion betont die Notwendigkeit, die Staatseinnahmen zu verbessern.

„Endlich Klarheit und Wahrheit über die Landesfinanzen.“ Unter dieser Überschrift warf Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD) der ehemaligen schwarz-gelben Regierung vor, nicht genügend vorgesorgt zu haben. So reiche die Rücklage für Risiken der WestLB nicht aus; weitere 1,3 Milliarden Euro seien notwendig. Unzureichend sei auch die Absicherung der Beamtenversorgung; zum Ausgleich müsse das Land 94 Millionen Euro nachzahlen. Auch für

Arbeitsplätze durch Einsparungen an anderer Stelle zu finanzieren.

„Sie sind bei den Menschen nicht mehr kreditwürdig“, attackierte Norbert Römer (SPD) CDU und FDP. Der „Entzug der Kontovollmacht“ sei nicht trotz, sondern gerade wegen der Politik der vergangenen fünf Jahre erfolgt. Die neue Landesregierung müsse nunmehr die Löcher füllen, die Schwarz-Gelb hinterlassen habe. Der

Uhlenberg aus dem Jahr 2009. Demnach sei zur Überwachung von Anlagen, die ein Umweltrisiko darstellten, zeitnah zusätzliches Fachpersonal nötig.

Als „Schuldenorgie“, welche die nachfolgenden Generationen belaste und diesen Gestaltungsmöglichkeiten nehme, bewertete Angela Freimuth (FDP) den Nachtragshaushalt. Er stelle eben keine Abschlussbilanz der alten Landesregierung, sondern vielmehr einen Politikwechsel dar, zu dem sich die neue Regierung noch nicht einmal bekennen wolle. Richtig wäre es in Zeiten anziehender Konjunktur dagegen, die „Haushalte endlich in Ordnung zu bringen“



Fotos: Meyer

Finanzminister

Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

Karl-Josef Laumann (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Reiner Priggen (Grüne)

Angela Freimuth (FDP)

Rüdiger Sagel (Linke)

mögliche Belastungen durch das Einheitslastenabrechnungsgesetz hätten CDU und FDP nicht vorgesorgt, hierfür müssten 375 Millionen Euro zurückgelegt werden. Des Weiteren wolle die Regierung noch in diesem Jahr die Kommunen entlasten und neue Arbeitsplätze für die Schule und für die Umweltüberwachung schaffen.

„Sie haben den Rotstift abgeschafft“, entgegnete CDU-Fraktionsvorsitzender Karl-Josef Laumann. Trotz höherer Steuereinnahmen von 400 Millionen Euro lege die neue Landesregierung einen Nachtragshaushalt „auf Kosten unserer Kinder“ vor. Sie verweigere die Kärnerarbeit, die mit Einsparungen verbunden sei. Noch im März dieses Jahres habe die SPD-Fraktion eine Erhöhung der Rückstellung für die WestLB als nicht notwendig abgelehnt. Nunmehr wolle sie aber genau das. Darüber hinaus müsse es bei fast einer halben Million Stellen im öffentlichen Dienst möglich sein, die geplanten neuen

vorliegende Nachtragshaushalt sei daher „das politische Erbe der abgewählten Landesregierung Rüttgers“. Er sei auch deshalb notwendig, weil die Kommunen nicht mehr länger warten könnten: CDU und FDP hätten ihnen in den letzten Jahren neue Aufgaben „aufgebürdet“, ohne sie mit den entsprechenden Finanzmitteln auszustatten.

„Das größte Risiko für den Landeshaushalt wurde am 9. Mai abgewählt“, wandte sich auch Reiner Priggen (Grüne) an FDP und CDU und erwiderte auf deren Sparappelle: Die im Januar von Schwarz-Gelb auf Bundesebene beschlossenen Steuervergünstigungen bedeuteten für NRW Mindereinnahmen von mindestens 880 Millionen Euro. Gegen diesen „Quatsch“ könne niemand ansprechen. Mit Blick auf die neuen Stellen insbesondere beim technischen Umweltschutz verwies Priggen auf eine Stellungnahme des ehemaligen CDU-Umweltministers

und das Haushaltsvolumen zurückzufahren. Außerdem kritisierte Freimuth, dass zusätzliche Lehrerstellen in einem Nachtragshaushalt, der möglicherweise erst kurz vor Weihnachten verabschiedet werde, nichts wert seien.

Eine Nachbesserung des Nachtragshaushalts unter sozialen Aspekten forderte Rüdiger Sagel (Linke). Denn dieser behebe viele Missstände der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung nicht einmal „im Ansatz“. Als „absolutes Minimum“ müssten jetzt die 200 neuen Steuerprüfer, die der Finanzminister versprochen habe, eingestellt werden. Sagel kritisierte zudem, dass es anscheinend genügend Geld zur Rettung der WestLB gebe, nicht aber für die Abschaffung der Studiengebühren schon in diesem Jahr. Die Linke stehe nicht für eine radikale Schuldenpolitik. Notwendig sei deshalb eine gerechtere Steuerverteilung, also die stärkere Belastung von Vermögen und höherer Einkommen. *cw*

Viel Streit um einen Fünfer

Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze Thema im Landtag

29. September 2010 – Aufharsche Kritik stieß die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um 5 Euro bei Linken, SPD und Grünen. Sie hatten unabhängig voneinander eine Aktuelle Stunde beantragt. Ihr Tenor war einhellig: Die Bundesregierung habe nichts übrig für die Armen. CDU und FDP, letztere hatte auch einen Eilantrag zum Thema vorgelegt, wehrten sich jeweils mit dem Hinweis, das Bundesverfassungsgericht habe das „schlechte“ Gesetz der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung gerügt; die jetzige Bundesregierung habe nunmehr „Reparaturarbeiten“ leisten müssen.

Die Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze sei „keine rein statistische, sondern eine politisch begründete und wertende Entscheidung“, meinte Dr. Carolin Butterwegge (Linke) und betonte, dies betreffe schon die Berechnungsgrundlage, die die Ärmsten der Gesellschaft zum Maßstab nehme. Die Linke kritisierte, mit den Sachleistungen werde den Sachbearbeitern in ARGEn anstelle der Eltern die Erziehungskompetenz zugesprochen. Diese Diskriminierung verstoße gegen die Achtung der Menschenwürde. Außerdem seien die Kinderregelsätze weder altersspezifisch noch bedarfsgerecht und reichten etwa für eine ausgewogene Ernährung nicht aus.

„Schwarz-Gelb ist eine Zumutung für dieses Land“, fand Günter Garbrecht (SPD). Er hielt die Bundesregierung für „willfährig“ gegenüber der Wirtschaft, sie mute aber anderen Belastungen zu und nehme die Grundbotschaft des Gerichts nicht auf: sich für existenzsichernde Löhne einzusetzen. „Nur so und nicht anders lässt sich Lohnabstand von Transferleistungen gewährleisten“, erläuterte der SPD-Sprecher. Die Sozialdemokratie stehe zu ihrer Verantwortung hinsichtlich der Reform des Sozialsystems. Bei den jetzt vorliegenden Vorschlägen gebe es aber berechnete Zweifel, dass die geforderten Maßstäbe hinreichend angelegt worden seien.

„Einfach erbärmlich“ sei die Antwort der Bundesregierung auf den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, kritisierte Andrea Asch (Grüne). Sie sah in der „Handvoll Euro mehr“ einen Akt der politischen Willkür. CDU und FDP hätten den Betrag im Vorhinein festgelegt und dann nach dem passenden Rechenweg gesucht. Auch beim Sparpaket hätten die Ärmsten den Hauptbeitrag zu leisten. Geschont würden dagegen die Banken oder Hochvermögende. „Armselig“ sei, wie wenig die Bundesregierung dafür tue, die bedrückende Kinderarmut zu lindern. Es sei lebensfremd, mit 10 Euro monatlich Sportverein, Musikunterricht und Freizeit finanzieren zu wollen.

Dr. Stefan Romberg (FDP) dagegen verwies auf diejenigen, die ein niedriges Einkommen oder Rente beziehen. Letztere zum Beispiel erhielten überhaupt keine Erhöhung. Bei Singles lägen die durchschnittlichen Hartz-IV-Leistungen bei 801 Euro, bei einem Paar mit drei Kindern bei 2.177 Euro. Dieses Geld müssten die Menschen, die arbeiteten, erst einmal verdienen. Romberg lobte am Hartz-IV-Gesetzentwurf außerdem das Bildungspaket für Kinder in Höhe von 620 Millionen Euro. Insgesamt sichere die Neuregelung mehr Transparenz, mehr Teilhabe und mehr Bildung. Damit werde das Karlsruher Urteil umgesetzt und der Weg in den Arbeitsmarkt erleichtert.

Auch Norbert Post (CDU) wandte sich an SPD und Grüne: Sie hätten in ihrer Zeit als Bundesregierung ein vom Verfassungsgericht nachweislich als schlecht bezeichnetes Gesetz gemacht. Und nun „halten Sie, die Erfinder des damaligen Gesetzes, uns hier vor, dass wir die Neuberechnungen ordentlich gemacht haben“. Im neuen Gesetzentwurf sei genau aufgeführt, wie die Berechnungen gemacht worden seien. Bei der Neujustierung der Sätze habe er sich mehr gewünscht, erklärte er – es gehe aber nicht um das, was man sich wünsche, sondern um das, was man sich leisten könne. Der CDU-



Foto: Schälte

Sprecher begrüßte besonders Verbesserungen für Kinder.

Die Landesregierung werde die Gesetzentwürfe in dieser Form ablehnen, kündigte Sozialminister Guntram Schneider (SPD) an. Dies gelte auch für die Einführung einer Bildungschipkarte, zu der aus seiner Sicht Bundesratsbeschlüsse notwendig seien. Insbesondere kritisierte Schneider den „permanenten Versuch, Empfänger von Transferleistungen gegen Arbeitende auszuspielen“. Die Sozialleistungen seien nicht zu hoch, sondern die Löhne zu niedrig, meinte der Minister. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) betonte, vor allem bei der Bekämpfung von „Kinderarmut“ müsse es Verbesserungen geben; es mache keinen Sinn, hier eine neue Bürokratie auszubauen. cw

Der Eilantrag der FDP (Drs. 15/238) wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Spagat: Qualität trotz Schuldenberg

Parlament diskutiert über mehr Personal in Frauenhäusern

29. September 2010 – Eine vierte Personalstelle für Frauenhäuser: Dies will die Landesregierung im kommenden Jahr umsetzen und damit rückgängig machen, was Schwarz-Gelb vor vier Jahren gestrichen hat. Das sei ein Fehler, kritisierten CDU und FDP im Plenum. Angesichts des Schuldenbergs müsse zunächst die Finanzierung geklärt werden. Den Linken hingegen geht es nicht schnell genug: Sie forderten die Regierung in einem Antrag (Drs. 15/205) auf, die Zahl der Stellen nicht erst mit dem Haushalt 2011, sondern schon mit dem Nachtragshaushalt flächendeckend aufzustocken.

„Gewalt gegen Frauen ist leider noch immer weit verbreitet“, bedauerte Hamide Akbayir (Linke). Umso unverständlicher sei es, dass Schwarz-Gelb im Jahr 2006 die Gelder für Frauenhäuser „massiv“, um 30 Prozent, gekürzt habe. Dadurch sei die vierte Stelle für die sozialpädagogische Betreuung ersatzlos entfallen, eine intensive individuelle Betreuung unmöglich geworden. Wegen Überlastung müssten die Frauenhäuser jährlich mehrere Tausend Anfragen abweisen. Akbayir forderte deshalb, die vierte Stelle noch mit dem Nachtragshaushalt wieder einzurichten. Daneben seien ein Rechtsanspruch auf einen Frauenhausplatz sowie langfristig eine bundeseinheitliche Regelung notwendig.

Frauenhäuser seien unbestritten eine wichtige Anlaufstelle, stimmte Maria Westerhorstmann (CDU) zu. NRW befinde sich mit der finanziellen Förderung pro Frauenhausplatz bundesweit im Mittelfeld. Eine, wie von den Linken geforderte, bundeseinheitliche Lösung müsse sich dementsprechend für die Frauenhäuser in NRW nicht unbedingt positiv auswirken. Zudem prüfe die Bundesregierung derzeit, ob eine solche Lösung verfassungsrechtlich überhaupt erlaubt sei. Im Übrigen sei der Wegfall der vierten Stelle wegen der Haushaltskonsolidierung unumgänglich

gewesen, betonte Westerhorstmann. „Die Frauenhäuser waren dennoch zu keinem Zeitpunkt in ihrer Arbeit gefährdet.“

Die Stellenkürzung sei eine „krasse Fehleinscheidung“ von CDU und FDP gewesen, kritisierte hingegen Eva Steinger-Bludau (SPD). Dies habe die Frauenhäuser im Land in große Not gestürzt. Besonders hart getroffen habe es Häuser in Städten ohne zusätzliche Frauenberatungsstelle. „Die vierte Stelle ist weg. Die Aufgaben sind geblieben“, so Steinger-Bludau. Zwar unterstellte sie den Linken, für ihren Antrag aus dem Koalitionsvertrag von Rot-Grün abgeschrieben zu haben. Dennoch unterstütze die SPD diesen – mit einer Einschränkung: Rein rechtlich könne die vierte Stelle nicht schon im Nachtragshaushalt auftauchen, da sie nicht Bestandteil des aktuellen Haushalts sei.

„Häusliche Gewalt ist keine Privatsache“, mahnte Verena Schäffer (Grüne). Deshalb sei es dramatisch, dass die Frauenhäuser in NRW seit der Stellenkürzung im Jahr 2006 insgesamt 129 Plätze hätten abbauen müssen. Es sei eben nicht, wie von Schwarz-Gelb suggeriert, „alles prima“. Doch nicht nur die Frauenhäuser, auch die Beratungsstellen und Notrufe seien unter-

finanziert. „Auch das wird Rot-Grün ändern“, und zwar so schnell wie möglich, kündigte Schäffer an. Deswegen dürfe NRW nicht auf eine bundesweite Einigung warten. Gleichzeitig kritisierte auch sie die Linke, dass diese offenbar aus dem Koalitionsvertrag abschreibe und den Inhalt dann lediglich noch aufblähe.

„Im Falle häuslicher Gewalt muss der Aggressor raus, und nicht das Opfer“, erinnerte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP). Abgesehen davon habe NRW ein beispielhaftes Hilfsnetz für Frauen. Dieses sei allerdings aufgrund der im Jahr 2005 nach Rot-Grün notwendigen Haushaltskonsolidierung beinahe verloren gegangen. „Wir haben nicht so die Spenderhosen an wie Rot-Grün“, sagte Pieper-von Heiden. Der Haushalt gebe es nicht her, dass sämtliche Frauenhäuser wieder eine vierte Stelle erhielten, dies sei lediglich punktuell möglich. Gleichzeitig bezweifelte sie, dass der Rechtsanspruch auf einen Frauenhausplatz ein effektives Mittel sei, Frauen und Kinder schnell zu schützen.

„Ich bin echt entsetzt über das, was ich gerade gehört habe“, reagierte Emanzipationsministerin Barbara Steffens (Grüne). Selbst wenn die Polizei den Täter der Wohnung verweise, suchten viele Opfer Schutz. Zudem habe Schwarz-Gelb in den vergangenen fünf Jahren nicht nur irgendeine vierte Stelle gekürzt, sondern die zweite Fachkraftstelle. Das wirke sich negativ auf die Qualität der Betreuung aus. Steffens wolle deshalb die zweite Fachkraftstelle mit dem Haushalt 2011 wieder einrichten. Gleichzeitig strebe sie ein bundesweit bisher einmaliges Landesgesetz mit der Zielvorgabe an: „Jede Frau, die Gewalterfahrung gemacht hat, braucht Schutz vom Staat.“ *bra*

Der Antrag der Linken (Drs. 15/205) wurde mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von SPD und Grünen abgelehnt.



37.424 Unterschriften ...

... haben die Landesarbeitsgemeinschaften Autonomer Frauenhäuser und der Freien Wohlfahrtspflege dem Landtagspräsidenten Eckhard Uhlenberg überreicht. Die Unterschriften waren kürzlich bei der Kampagne „Schwere Wege leicht machen“ zusammengekommen. Mit der Aktion setzen sich die Arbeitsgemeinschaften für eine einzelfallunabhängige und bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser ein. Neben Uhlenberg waren auch die frauenpolitischen Sprecherinnen aller Fraktionen sowie Emanzipationsministerin Barbara Steffens (Grüne, 3. v. r.) bei der Übergabe dabei. *Foto: Meyer*

Hitzige Debatte über Turbo-Abitur

G8, G9 oder beides? Abgeordnete streiten über Länge der Abiturschulzeit

Foto: Meyer

30. September 2010 – Fünf Jahre nach der Umstellung von neun (G9) auf acht (G8) Abiturschuljahre am Gymnasium haben die Abgeordneten in einer Aktuellen Stunde erneut über die Länge der gymnasialen Schulzeit diskutiert. Im Fokus standen dabei die Pläne der Landesregierung, die einzelnen Gymnasien in einem Schulversuch selbst zwischen G8 und G9 wählen zu lassen. Grundlage für die Debatte war ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/239). Darin fordert diese das Kabinett dazu auf, seinen „Zickzack-Kurs“ zu beenden.

So warf **Klaus Kaiser** (CDU) der neuen rot-grünen Landesregierung vor, Unruhe zu stiften, anstatt den Gymnasien in Nordrhein-Westfalen zu helfen. Darüber hinaus sei der geplante Schulversuch eine grobe Missachtung der Rechte des Parlaments. So etwas gehe nur über eine Gesetzesänderung. Deshalb prüfe die CDU-Fraktion derzeit eine Klage. Gleichzeitig bezeichnete Kaiser es als Skandal, die Betroffenen nicht in die Umstrukturierung mit einzubeziehen. Vielmehr vermutete Kaiser hinter dem Schulversuch die Absicht, das Gymnasium als Schulform „sturmeif zu schießen“, um diese anschließend besser in das rot-grüne Konzept der Gemeinschaftsschule einpassen zu können.

Man könne nun wirklich nicht davon sprechen, dass durch den Schulversuch ein Chaos ausgelöst würde, konterte **Rüdiger Weiß** von der SPD-Fraktion. Chaotisch sei vielmehr die flächendeckende Umstellung auf eine achtjährige Abiturschulzeit unter Schwarz-Gelb gewesen. Unzufriedenheit und großer Leidensdruck an den Schulen seien die Folgen. Viele forderten die Rückkehr zu G9. In Bezug auf den Schulversuch betonte Weiß: „Wir unterbreiten ein Angebot. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.“ Bis Mitte Dezember könnten Schulen, die wieder auf G9 umsteigen wollten, dies bei der Bezirksregierung beantragen. Bis Januar folge dann die Genehmigung durch das Ministerium.

Mit dem Wechsel von G9 zu G8 habe Schwarz-Gelb einen „großen Keil in die Schullandschaft“ getrieben, kritisierte **Sigrid Beer** (Grüne). Bei der Umstellung hätten Ganztagsangebote gefehlt und Lehrpläne viel zu lange auf sich warten lassen. Darüber hinaus hielten nicht alle Kinder dem Druck stand, der durch die verkürzte Schulzeit entstanden sei. „Auf in den Blaumann, Herr Laumann!“, forderte Beer den CDU-Fraktionsvorsitzenden deshalb auf, den von der CDU verursachten Scherbenhaufen nun gemeinsam mit Rot-Grün aufzufegen. Das wolle die Landesregierung meistern, indem sie den Gymnasien noch einmal die Möglichkeit gebe, sich zwischen G8 und G9 zu entscheiden.

Auch wenn der Start in die achtjährige Abiturschulzeit nicht ganz reibungslos geklappt habe: Eine Kehrtwende sei dennoch falsch, reagierte **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) auf ihre Vorrednerin. Die Gymnasien hätten gerade erst die schwierige Phase von G8 auf G9 überwunden. Nun bringe Rot-Grün wieder Unruhe ins System. Genau wie die CDU kritisierte die Liberale, dass die Regierung offenbar versuche, den Schulversuch am Parlament vorbei umzusetzen – und das, obwohl dieser mehr als zehn Jahre dauern solle. Zudem sei bisher kaum eine Schule bereit, das „Durcheinander“ umzusetzen. Dies alles habe nichts mit einer konsistenten Schulpolitik zu tun, so Pieper-von Heiden.

Der Antrag treffe nicht den Kern, kritisierte **Gunhild Böth** (Linke). Das Plenum habe schon im September einen Antrag der Linken zum Turbo-Abitur diskutiert und an den zuständigen Ausschuss überwiesen. Zu behaupten, der Schulversuch gehe am Parlament vorbei, sei daher „blühender Unsinn“. Gleichzeitig bezeichnete Böth das G8, so wie es eingeführt worden sei, als Katastrophe: Der Übergang vom Gymnasium zum Berufskolleg oder in eine Ausbildung sei aufgrund der wegfallenden zehnten Klasse erschwert. Die Linke schlug deshalb ein Baukastenmodell vor: zurück zur Sekundarstufe I inklusive zehnter Klasse, dafür aber eine flexible Oberstufenzeit von zwei bis vier Jahren.

CDU und FDP hätten beim Start von G8 völlig überhastet gehandelt, bemängelte **Schulministerin Sylvia Löhrmann** (Grüne). 34 Stunden für einen Elfjährigen, nachmittags keine Familienzeit mehr: Sie wundere sich, dass Schwarz-Gelb von den Klagen nichts mitbekomme. „Hier besteht Handlungsbedarf“, betonte Löhrmann. Allerdings sei nun im laufenden achtjährigen Bildungsgang kein komplett neues Modell mehr möglich. Deswegen beinhalte der Schulversuch zwei Maßnahmen: erstens G8 für diejenigen zu verbessern, die jetzt schon und zukünftig danach lernten, und zweitens den Eltern die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 zu geben. Nur so sei individuelle Förderung möglich. *bra*

Gemeinsam lernen – allein entscheiden?

CDU und FDP pochen bei der Schulstruktur auf die Zuständigkeit des Landtags als Gesetzgeber

30. September 2010 – Die Landesregierung verfolgt das Ziel, als zusätzliche Schulform die Gemeinschaftsschule einzuführen. Dazu ermöglicht sie es den Kommunen im Rahmen eines Schulversuchs, eine solche Schule zu gründen, wenn sie dies wünschen und bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Die Fraktionen von CDU und FDP kritisieren dieses Vorgehen als außerparlamentarische Schulpolitik (Drs. 15/214 und Drs. 15/220). Eine Änderung der Schulstruktur könne nur der Landtag beschließen. Sie über einen Modellversuch zu bewirken, lasse das Parlament als Gesetzgeber außen vor.

Klaus Kaiser (CDU) bezeichnete es als großes Ärgernis, dass die Landesregierung einen „massiven Strukturwandel“, die Einführung der Gemeinschaftsschule, nicht per Gesetz, sondern durch einen Schulversuch umsetzen wolle. Dies sei dazu geeignet, die Politikverdrossenheit zu erhöhen und das parlamentarische System zu entleeren. Für eine solche Gesetzesänderung müsse man die Verfassung ändern, und dies könne nur eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments. Aber die CDU stehe nicht als Gehilfe zur Einführung eines Einheitsschulsystems zur Verfügung, kündigte Kaiser an und verlangte eine dauerhafte Garantie für die Schulform Gymnasium.

„Ein Parlament ist doch kein Kaffeekränzchen, das eine Regierung nach eigenem Ermessen beteiligen kann, wie es ihm gerade passt“, meinte auch Ingrid Pieper-von Heiden (FDP). Da die Gemeinschaftsschule darauf angelegt sei, dauerhaft alle anderen Schulformen zu verschmelzen, müsse zudem die Schulkonferenz vor Ort ein Vetorecht haben, forderte die FDP-Sprecherin. Sie warb für das Modell der regionalen Mittelschule, bei der sich Hauptschule, Realschule und Gesamtschule zusammenschließen könnten. Ungerecht fand Pieper-von Heiden eine mögliche Privilegierung der Gemeinschaftsschule durch mehr Ressourcen.

Um Vertrauen warb Renate Hendricks (SPD). Man habe sich bei der Bildungskonferenz kürzlich



Klaus Kaiser (CDU)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Renate Hendricks (SPD)

darauf verständigt, dass man sich auf den Weg zu einem Konsens machen wolle. Schulfrieden bedeute allerdings nicht Stagnation. Auch in der Vergangenheit habe es in NRW viele Schulversuche gegeben, die den richtigen Weg aufgezeigt hätten. Ziel sei es nun, passgenaue Lösungen vor Ort zu finden. „Ich bin bereit, mich davon überraschen zu lassen, was das Ergebnis dieses Schulversuchs ist“, zeigte sich Hendricks ergebnisoffen und lud die Oppositionsfraktionen dazu ein, gemeinsam mit SPD und Grünen Schulpolitik zu machen.

„Diese Diskussion geht auf keinen Fall am Parlament vorbei“, betonte Reiner Priggen (Grüne). Vielmehr sei sie derzeit eindeutig eines der Hauptthemen im Landtag. Er verteidigte das Vorgehen der Landesregierung: Ein solches Vorhaben könne man nicht per – auch in NRW

möglichen – Mehrheit durchsetzen, sondern nur im Konsens. Deshalb erlaube die Landesregierung die Versuche und schaue sich dies genau an. Wenn mehr als 50 Kommunen am Schulversuch teilnehmen wollten, müsse eine gesetzliche Regelung her, stimmte Priggen den Kritikern zu. Ein solches Gesetz bestätige dann allerdings nur den Erfolg des Modellversuchs.

Auch Gunhild Böth (Linke) hatte nicht den Eindruck, dass das Parlament zu wenig involviert sei. Gemeinschaftsschulen sollten für die Kom-

munen nur eine Möglichkeit sein, ihre Schulprobleme zu lösen. Denn zurzeit habe man das Problem, dass in vielen Kommunen wegen der zurückgehenden Kinderzahl Schulen geschlossen würden. Zusätzliche Lehrkräfte brauche man zur Einführung der Gemeinschaftsschule nicht. Schließlich gingen Kinder nicht in mehrere Schulen gleichzeitig. Umstellungen in der Schule ließen sich nicht einfach per Gesetz verordnen. Deshalb seien Schulversuche sinnvoll, erklärte die Linke.

„Mit dem Schulversuch Gemeinschaftsschule steigen wir in die praktische Erprobung eines Erfolg versprechenden Modells für die Schule der Zukunft ein“, sagte Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne). Man wolle herausfinden, ob und unter welchen Bedingungen längeres gemeinsames Lernen zu besseren Ergebnissen führe. Die Entscheidung, sich hierfür zu bewerben, sah sie bei den demokratisch gewählten Kommunalparlamenten gut aufgehoben. Das Ministerium berate diese ergebnisoffen und achte darauf, dass dadurch keine nichtbeteiligte Schule in ihrem Bestand gefährdet werde. Löhrmann versprach zudem Transparenz und eine Einbindung der Fraktionen. sow

SPD, Grüne und Linke lehnten die beiden Anträge (Drs. 15/214 und 15/220) von CDU und FDP gegen deren Stimmen ab. Mit der gleichen Mehrheit wurde ein Entschließungsantrag der Linksfraktion auf umfassende Unterrichtung des Landtags angenommen.



Reiner Priggen (Grüne)

Gunhild Böth (Linke)

Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne)

Fotos: Meyer

Kontroverse über Kontrollen

Die Landesregierung will zusätzliche Stellen in der Umweltverwaltung schaffen

1. Oktober 2010 – Auf Antrag der FDP-Fraktion hat sich der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit der Frage befasst, wie viel Personal nötig ist, um das geltende Umweltrecht anwenden und Genehmigungsverfahren wie auch Kontrollen ordentlich durchführen zu können. Die Landesregierung hat angekündigt, über den Nachtragshaushalt dafür zusätzliche Stellen zu schaffen, was die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken unterstützen. Die FDP spricht hingegen von einer „Gigantonomie der Umweltbürokratie“, die CDU kritisiert eine fehlende Gegenfinanzierung.

Der FDP-Abgeordnete **Kai Abruszat** warf der Landesregierung vor, den NRW-Kommunen bei Sparanstrengungen Wasser zu predigen, aber selbst Wein zu trinken. 300 zusätzliche Stellen plane die Landesregierung, während andere Bundesländer ankündigten, Personalkosten sparen zu wollen, um möglichst wenig neue Schulden zu machen. Abruszat legte für seine Fraktion ein Bekenntnis zum Industrie-, Chemie- und Anlagenstandort Nordrhein-Westfalen ab. Die FDP wehre sich aber entschieden gegen eine Zentralisierung der Umweltverwaltung und gegen „Stellenauswüchse in der Umweltbürokratie“. Diese seien bei der Planung des Nachtragshaushalts zu korrigieren, forderte der FDP-Politiker.

Auch **Rainer Deppe** (CDU) kritisierte, die Regierung gebe ungeniert das Geld der Bürgerinnen und Bürger aus, das zudem gar nicht vorhanden sei. Mit dem Nachtragshaushalt wolle sie die Neuverschuldung um 35 Prozent erhöhen, ohne sich Gedanken über die Rückzahlung zu machen. Zudem erfahre der Haushaltsgesetzgeber, das Parlament, erst aus der Presse nach und nach von den Plänen. Für unbestritten hielt der CDU-Abgeordnete, dass die Umweltverwaltung neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauche, damit es in Zukunft nicht zu fachlichen Engpässen komme. Dazu müsse das Land aber andere Lösungen finden und nicht Jahr für Jahr „zulasten unserer Kinder“ mehr Schulden machen.

André Stinka (SPD) argumentierte aus wirtschaftlicher Sicht: „Wir brauchen klare rechtsstaatliche und verlässliche Genehmigungsverfahren.“ Wenn Genehmigungszeiten zu lang seien, bestehe die Gefahr, dass Unternehmer andere Bundesländer vorzögen. Selbst der Bundesverband der Deutschen Industrie sei damals gegen die Umstrukturierung der Umweltverwaltung durch die Vorgängerregierung gewesen – schließlich bräuchten Unternehmen Planungssicherheit. Der SPD-Sprecher warnte, das Personal in der Umweltverwaltung könne die Unterbesetzung irgendwann nicht mehr ausgleichen. Auch der vorherige Umweltminister habe bereits gewarnt, dass die Grenze der Belastbarkeit erreicht sei.

Auf Warnungen der Vorgängerregierung ging auch **Hans-Christian Markert** (Grüne) ein. Ein CDU-Regierungspräsident habe noch im Juli zahlreiche Beispiele aufgelistet, in denen es in Firmenanlagen mangels nötiger Überwachung vielfach zu überhöhten Mengen an eingelagertem Abfall gekommen sei. Daraus resultierende hohe Entsorgungskosten hätten nur zufällig oder gar nicht abgewendet werden können. Zudem fragte er CDU und FDP, ob sie warten wollten, bis es zu weiteren Unfällen komme, und erinnerte an den Fall der Firma Envio in Dortmund, die die Umwelt und Menschen in der Nähe mit PCB belastet habe. Markert plädierte für einen fairen Ausgleich von Nutz- und Schutzinteressen.

Die Vorgängerregierung habe den Umweltschutz sträflich vernachlässigt, meinte **Michael Aggelidis** (Linke). Er hielt es für „dringend und bitter nötig“, den Unternehmen „auf die Finger zu schauen“ und unterstützte die von der Landesregierung geplante Stellenaufstockung. „Was nützen uns Umweltvorgaben“, fragte er, wenn diese nicht überwacht werden könnten. Um die Stellen zu finanzieren, regte er an, die Einnahmesituation des Landes zu verbessern und hierzu 500 Stellen für die Steuerfahndung und Betriebsprüfung zu schaffen. Dies führe auch zu mehr Steuergerechtigkeit. Außerdem regte Aggelidis an, die Ausstattung beispielsweise der Umweltschutzverbände zu verbessern.

Umweltminister Johannes Rimmel (Grüne) hatte den Eindruck, „dass wir in der Sache vorankommen“. Klar sei, dass es einen Mehrbedarf gebe. Er empfand es zudem als Verpflichtung, Warnungen seines Amtsvorgängers ernst zu nehmen. Deshalb schlage die Landesregierung nun eine Verbesserung der Personalsituation um zunächst 100 Stellen vor, die Entscheidung und Verantwortung liege aber beim Parlament. Er gab allerdings zu bedenken, dass die Zahl der meldepflichtigen Störfälle im Bundesdurchschnitt zwar sinke, in NRW aber steige. Es sei richtig, die erkannten Mängel mit dem Nachtragshaushalt abzustellen. NRW brauche wieder eine schlagkräftige Umweltverwaltung, erklärte Rimmel. sow

Weder Hinterzimmer noch Talkshow-Bühne

Parlamentarische Demokratie braucht Öffentlichkeit und lebt vom Dialog

Wenn das nordrhein-westfälische Parlament tagt, ist die Öffentlichkeit Zeuge. Dass die Sitzungen laut Landesverfassung öffentlich stattfinden, liegt nicht daran, dass man interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Gefallen tun will. Sondern daran, dass die parlamentarische Demokratie nicht ohne Öffentlichkeit funktioniert.

Foto: Schälte

Wenn die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und alle fünf Jahre eine Volksvertretung wählen, dann schenken sie den Personen und Parteien, denen sie ihre Stimme geben, ihr volles Vertrauen. Sind die Abgeordneten einmal gewählt, sind sie laut Verfassung nur ihrem eigenen Gewissen verpflichtet und müssen sich in ihrem Tun am Volkswohl orientieren. Während der Legislaturperiode haben die Wählerinnen und Wähler kein Rückgabe- oder Umtauschrecht. Sie haben die Abgeordneten für die gesamte Wahlperiode ins Parlament gewählt, welches das Volk repräsentieren soll.

Zwar können die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Petitionsrecht Gebrauch machen und sich bei Ärger mit Behörden an den Landtag wenden. Außerdem haben sie über Volksbegehren und Volksentscheid die Möglichkeit mitzureden. Den Abgeordneten aber das Vertrauen entziehen können sie nur, indem sie bei der nächsten Wahl einer anderen Person, einer anderen Partei die Stimme geben. Damit sie in der Zwischenzeit die politischen Entscheidungen des Parlaments nachvollziehen können, müssen sie die Möglichkeit zum Einblick haben, und zwar unverfälscht, ungefiltert und wann immer sie wollen. Oder andersherum: Wenn Abgeordnete wiedergewählt werden wollen, müssen sie das ihnen entgegengebrachte Vertrauen öffentlich rechtfertigen.

Dieses Prinzip der Öffentlichkeit parlamentarischer Entscheidungen ist Verpflichtung und Chance zugleich. Denn sie ist auch dazu geeignet, Politikverdrossenheit zu verringern – dadurch, dass Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben zu verstehen, warum das

Parlament bestimmte Entscheidungen trifft. In Plenardebatten wird um das Für und Wider, um Vor- und Nachteile und Alternativen gerungen. In ebenfalls öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse werden Detailfragen erörtert, Fachleute und Betroffene angehört.

Parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit setzt keine Öffentlichkeitsarbeit voraus. Wichtig ist nur, dass jede Bürgerin und jeder Bürger, wenn er oder sie will, Parlamentsentscheidungen nachvollziehen kann und dass diese nicht geheim in Hinterzimmern getroffen werden können. Zugegeben: Um wirklich etwas mitzubekommen, müssten die Bürgerinnen und Bürger den ganzen Weg zur Politik selbst gehen. Parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit will den Bürgerinnen und Bürgern einen Teil der Strecke entgegenkommen, um den Abstand zwischen ihnen und der Politik zu verringern. Nur wer versteht, kann sich bei der nächsten Wahl gut entscheiden.

INFORMATIONSENGEBOT

Dabei gibt es verschiedene Wege, sich über die Parlamentsarbeit zu informieren. Auf der Zuschauertribüne des Landtags können Bürgerinnen und Bürger persönlich Platz nehmen und Debatten verfolgen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Medien übernehmen diese Aufgabe ebenfalls und berichten in Presse, Funk, Fernsehen und Internet aus den Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse.

Daneben bietet der Landtag Interessierten die Möglichkeit, überparteilich und neutral etwas über die aktuelle Parlamentsarbeit zu erfah-

ren – Landtag Intern ist eine davon. Hier findet man auch Sachdebatten und vertiefende Anhörungen, die von der Tagespresse oft nicht in diesem Umfang aufgegriffen werden können.

Neben Landtag Intern informieren Broschüren über die Arbeit des Landtags im Allgemeinen und erklären die parlamentarischen Abläufe. Im Internet bietet der Landtag Informationen über aktuelle Debatten und Ereignisse und ermöglicht es über das Video-Angebot „Landtag Live“, Parlamentsdebatten mitzuverfolgen oder im Nachhinein anzuschauen. Auch wer wissen will, worüber genau geredet wird, wird fündig: Alle Dokumente, die seit 1946 Gegenstand parlamentarischer Beratung waren oder sind, sind verfügbar und können wortwörtlich nachgelesen werden. Die Infothek des Landtags bietet dabei umfassende Unterstützung.

Von der Möglichkeit, selbst in den Landtag zu kommen, machen zudem jährlich etwa 70.000 Besucherinnen und Besucher Gebrauch. Der Besucherdienst des Landtags vermittelt verständliche und anschauliche Informationen – auch speziell für Kinder oder Jugendliche. Umgekehrt tritt der Landtag selbst in Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern, etwa zu den Tagen der Offenen Tür oder bei den NRW-Tagen, die jedes Jahr an einem anderen Ort stattfinden.

Die beste Voraussetzung für eine starke Demokratie und eine rege Beteiligung an Wahlen ist ein geringer Abstand zwischen Volk und Volksvertretung. Wenn Bürgerinnen und Bürger parlamentarische Entscheidungen nachvollziehen und ihre Meinung an die Politik zurückspeiegeln, entsteht ein Dialog, der Politik lebendig macht.

sow

40 Jahre gedruckte Demokratie

8. Oktober 1970: Die erste Ausgabe von Landtag Intern erscheint

40 Jahre Parlamentszeitschrift. Schauen wir zurück, nein, nicht auf „Landtag Intern“, sondern auf das Parlament. Damals, im Oktober 1970, gehörten 200 Abgeordnete den drei im Landtag vertretenen Fraktionen an, CDU, SPD und FDP. Die Ausschüsse tagten grundsätzlich in nichtöffentlicher Sitzung. Frauen unter den Abgeordneten waren in der Minderheit, ihre Quote lag in der 7. Wahlperiode (1970 bis 1975) bei heute unvorstellbaren 3,5 Prozent. Abgeordnete mit Migrationshintergrund kannte das Parlament überhaupt noch nicht.

Blick auf heute: Das Parlament ist lebhafter, bunter, vielfältiger, offener und nebenbei auch kleiner geworden. Die Frauenquote hat sich seither verzehnfacht. Wenn auch voller Gleichstand nicht überall erreicht wurde, so liegen zwei kleinere Fraktionen bereits über der Parität. Der Landtag zählt nicht mehr drei, sondern fünf Fraktionen. Abgeordnete mit nicht-deutschen Wurzeln sind längst keine „Exoten“ mehr, sondern bereichern Umgang und Arbeit. Die Tätigkeit der Landtagsabgeordneten ist effizienter, die Möglichkeit zur Regierungskontrolle intensiver, der Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern enger geworden.

Die Zeitschrift des Landtags Nordrhein-Westfalen ist wie das Parlament bunter und vielfältiger geworden. Ursprünglich in schwarz-weiß gedruckt, kam 2001 Farbe hinzu. Das Erscheinungsbild lockerte sich, Bilder erhielten ihr eigenes Gewicht. Zwänge lösten sich: Statt der fast 100-prozentigen Berichterstattung aus den Plenarsitzungen wurde mehr und mehr ausgewählt. Wort und Widerwort, die Rubrik der ersten Stunde, gelangte kürzer und präziser an die Leserinnen und Leser. Die Redaktion räumte den Fraktionen Raum zur eigenen Darstellung ein. Schwerpunktthemen wurden gesetzt, um unterschiedliche politische Standpunkte herauszuarbeiten. Wenn neue Themen aufgenommen wurden und anderswo gekürzt wurde, dann empfand die Leserschaft dies nicht als Substanzverlust, sondern als Bereicherung und Belebung des Spektrums. So gesehen erfand sich Landtag Intern in den zurückliegenden vier Jahrzehnten des Öfteren neu.

Ein verlässlicher und Rat gebender Gefährte auf diesem Weg war immer der Redaktionsbeirat, in den Landtagsspitze und Fraktionen ihre Wünsche, Anregungen und Korrekturen einbringen. Wenn in den vergangenen Jahren im Blatt auch ein bisschen mehr erklärender Hintergrund hinzugekommen ist, dann unter strikter Wahrung der redaktionellen Selbstverpflichtung auf Neutralität und Überparteilichkeit. Diese beiden Grundsätze sind der Rahmen, der der journalistischen Arbeit in der Redaktion der Parlamentszeitschrift gezogen ist.

Von all dem war vor 40 Jahren bei der ersten Ausgabe von Landtag Intern, die aus zehn Blättern bestand, die in der Hausdruckerei vervielfältigt und zusammengeheftet worden waren, nicht viel zu erkennen. Dass die Druckauflage auf über 30.000 Exemplare klettern würde, dass daneben Tausende Leserinnen und Leser auf die elektronische Ausgabe zugreifen würden, ganz abgesehen von den zufälligen oder regelmäßigen Klicks auf die Homepage – all dies hat sich erst über die Jahrzehnte entwickelt.

In der Vergangenheit hat es hin und wieder Leserumfragen gegeben. Sie spiegelten die hohe Akzeptanz, das ungebrochene Vertrauen der Leserschaft in Landtag Intern wider. Diese Zeitschrift wird nicht nur gern und intensiv gelesen, sondern auch gebraucht. Denn im Konzert der gedruckten und gesendeten Medien ist sie eine wichtige Stimme. Sie kommt mitten aus dem Landtag. Sie liefert ein umfassendes, objektives und zeitnahes Bild der parlamentarischen Themen und Verhandlungen. Sie ist nicht auf die knappe Sendezeit im Funk oder den geringen Platz in der Zeitung angewiesen. Sie ist die Stimme des Parlaments: direkt, klug auswählend, verlässlich und objektiv. *Jürgen Knepper*

Jürgen Knepper war von 1980 bis 2008 Mitglied der Redaktion der Parlamentszeitschrift Landtag Intern, die er auch als Chefredakteur prägte.



Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Armin Laschet (CDU)



Britta Altenkamp (SPD)

Der beste Weg, parlamentarische Prozesse einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, ist aus meiner Sicht ...

... eine gute Kombination aus modernen und klassischen Medien. Das Internet und damit verbunden Newsletter und Mailings sind mittlerweile wichtige Kommunikationsmittel. Aber das gedruckte Wort in Parlamentszeitschrift oder Broschüren wird auch künftig unverzichtbar sein.

... das konkrete Beispiel. D.h. in Vereinen, Verbänden, Parteiliederungen, Schulen etc. ein konkretes Thema und seine Behandlung durch das Parlament durchzuspielen.

Um die Transparenz parlamentarischer Verfahren zu garantieren und weiter zu stärken, muss Politik ...

... immer wieder den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Die repräsentative Demokratie hat Zukunft. Die Abgeordneten haben ihr Ohr bei den Menschen und bringen deren Ideen in den Landtag.

... sagen, was man tut, und tun, was man sagt. D.h. wir müssen Glaubwürdigkeit erhalten und zurückgewinnen, indem Ankündigungen und Handeln nahe beieinander liegen.

Die oft beklagte Kluft zwischen den tatsächlichen parlamentarischen Entscheidungsverfahren und der Vorstellung von Politik in der Öffentlichkeit können wir verkleinern, indem ...

... wir das Parlamentsgebäude noch stärker als bislang schon für die Bürgerinnen und Bürger öffnen. Denn ein persönlicher Besuch im Landtag – beispielsweise an einem Plenartag – sagt mehr als tausend Worte über den Landtag.

– s.o. Daneben müssen wir unseren Wählern offen und ehrlich sagen, dass „die“ Politik und „die“ Politiker eben keine Antwort auf alle Fragen haben. Das wird sich auf Dauer auszahlen, anders als die immer noch oft zur Schau gestellte angebliche Omnipotenz von Politikern.

„Die Öffentlichkeit“ als Ganzes ist nicht einfach zu erreichen. Deshalb kommt es darauf an, ...

... das Informationsangebot weiter auszubauen und die Informationen direkt zu den Menschen zu bringen.

... Multiplikatoren anzusprechen, die uns Abgeordneten eine Rückkopplung geben über die Einschätzung und die Auswirkungen unserer Pläne und Entscheidungen. Das direkte Gespräch mit dem Bürger im Wahlkreis ist allerdings durch nichts zu ersetzen.

Für den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ist die Politik darauf angewiesen, dass ...

... die Menschen Vertrauen in die Politik haben. Vertrauen aufzubauen ist Tag für Tag Aufgabe eines Abgeordneten.

... die Medien ein halbwegs realistisches Bild von „der“ Politik zeichnen. Demokratie lebt von Argument und Gegenargument. Deshalb ist es wichtig, dass nicht jede kontroverse Diskussion gleich als Streit diskreditiert wird, gleich ob in Parteien oder im Parlament.

Der Ausschluss der Öffentlichkeit von parlamentarischen Beratungen ist in Einzelfällen dann sinnvoll, wenn ...

... insbesondere Fragen der öffentlichen Sicherheit oder wenn schutzwürdige Interessen Einzelner dies erfordern. So ist es in der Geschäftsordnung des Landtags festgeschrieben.

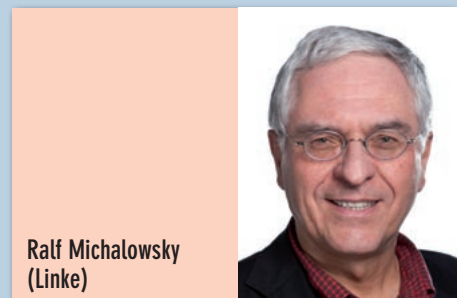
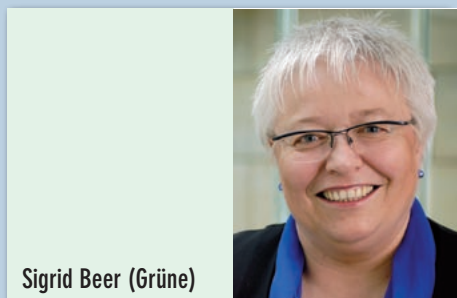
– und nur dann sinnvoll, wenn es um schutzwürdige Interessen von Privatpersonen oder Unternehmen geht. Das kann allerdings nur die absolute Ausnahme sein.

Gefahren für die parlamentarische Öffentlichkeit sind ...

... sämtliche Formen von Zensur. Dazu gehört auch, dass wir politische Extremisten – egal ob von links oder rechts – aus den Parlamenten heraushalten. Denn Extremisten sind die Feinde von Transparenz, Demokratie und Meinungsfreiheit.

... persönliche Herabsetzungen in der politischen Auseinandersetzung und Schaukämpfe, bei denen es nicht um die Sache geht. Ich habe die Hoffnung, dass gerade die komplizierten Mehrheitsverhältnisse im neuen Landtag dazu führen, hier endlich neue, konstruktive Wege zu gehen.

Diesmal mit den Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern.



... sie stärker im Vorfeld zu beteiligen. Wir wollen keine Entscheidung über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg, sondern sie frühzeitig in den politischen Diskurs einbeziehen und mehr Elemente direkter Demokratie ermöglichen.

... noch transparenter und für eine breite Öffentlichkeit nachvollziehbar sein. Die neuen Medien bieten die Chance, Beratungen und Diskussionen im Landtag schneller und unkomplizierter zu transportieren. Diese medialen Möglichkeiten müssen wir offensiver nutzen.

... wir schon im Vorfeld politischer Entscheidungen den Diskurs mit den Menschen vor Ort führen und insgesamt dafür Sorge tragen, dass die Beteiligungsmöglichkeiten auch auf Landesebene erweitert werden. Wir wollen in NRW dazu ermutigen, sich mehr einzumischen.

... sich nicht nur in Wahlkämpfen den Bürgerinnen und Bürgern zu stellen, sondern jederzeit ansprechbar zu sein. Dabei geht es nicht um Grußworte anlässlich von Vereinsjubiläen, sondern den Menschen in ihrem Alltag zu begegnen und dort Rede und Antwort zu stehen.

... sie sich kompetent und verlässlich erweist. Sie muss zeigen, dass ihr an wirklicher Problemlösung gelegen ist, und nicht nur immer wieder ein ideologisches Mantra wiederholen. Und vor allem darf sie nicht die Bodenhaftung verlieren.

... in den Schutzbereich von Menschen oder auch Unternehmen eingegriffen wird. Es geht um personenbezogene Daten, um Zeugen- und Opferschutz sowie auch Betriebsgeheimnisse. So werden z. B. Petitionen auch aus diesen Gründen grundsätzlich nicht öffentlich beraten.

... ablesbar in der Wahlbeteiligung, dem Vertrauensverlust gegenüber Parteien und den schlechten Imagewerten der Politik. Die Minderheitsregierung will offensiv für mehr Beteiligung werben und sie praktizieren. Das ist eine Chance für mehr Demokratie in NRW.

... größtmögliche Transparenz der Verfahren. Die FDP hat sich in der Vergangenheit erfolgreich dafür eingesetzt, nicht nur Plenardebatten, sondern auch Ausschusssitzungen den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen.

... das Parlament ernst nehmen. Wenn zahlreiche Entscheidungen wie derzeit von Rot-Grün am Parlament vorbei getroffen werden, leidet die Demokratie. Pflicht der Regierung ist es, Gesetze sorgfältig umzusetzen – und nicht nach Belieben auszulegen, wie bei der Einheitsschule.

... wir mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog treten. Der Landtag ist ein offenes Haus. Die Bürger sind eingeladen, jederzeit mit Anregungen und Fragen an die Abgeordneten heranzutreten. Politik lebt von kreativen, guten Ideen für die Zukunft unseres Landes.

... betroffene Gruppen am parlamentarischen Prozess zu beteiligen. Ergebnisoffene Anhörungen sind erstrebenswert. Eine Alibiveranstaltung wie die „Bildungskonferenz“, die nur Regierungshandeln legitimieren soll, konterkariert glaubwürdige und lebendige Politik.

... Informationen leicht zugänglich sind. Zudem muss Politik erklärt und verstanden werden. Politische Bildung hat dabei eine Schlüsselfunktion. So hat sich etwa in den vergangenen Jahren der von CDU und FDP initiierte Jugend-Landtag als gute Dialogplattform etabliert.

... es um den Schutz von Persönlichkeitsrechten oder sensiblen Daten geht, deren Veröffentlichung zu unverhältnismäßigen Nachteilen für die Betroffenen führen könnte. Auch der Erfolg staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen darf nicht gefährdet werden.

... Bestrebungen der rot-grünen Landesregierung, das Parlament bei politischen Entscheidungen zu umgehen. Es ist beispielsweise inakzeptabel, dass der ideologische Umbau der Schulstruktur als Schulversuch am Parlament vorbei erfolgen soll.

... mit den Menschen in einer unkomplizierten Art zu reden und diese Prozesse zu erklären. Natürlich muss man auch seine Hausaufgaben machen: die öffentlichen Medien nutzen und daneben auch mit eigenen Medien informieren.

... es Bürgerinnen und Bürgern aller Bildungsschichten ermöglichen, sich verständliche Informationen zu beschaffen und einen Blick in unseren „Elfenbeinturm Landtag“ zu werfen. Besonders bei Schülerinnen und Schülern muss früh Interesse geweckt werden.

... wir die Möglichkeiten der direkten Demokratie ausweiten, zum Beispiel durch Bürgerentscheide und Volksabstimmungen. Diese Instrumente sind bereits in der Landesverfassung gegeben, jedoch sind die Hürden für ihre Anwendung viel zu hoch.

... wie man dieser unbekanntenen „Öffentlichkeit“ gegenüber auftritt. Nimmt man sich der Sorgen der Menschen an, vermittelt ihnen das Gefühl, dass man für sie im Landtag sitzt oder lässt man sich alle fünf Jahre mal blicken, wenn man wiedergewählt werden will?

... Interesse von Seiten der Bürgerinnen und Bürger besteht. Aber: Wir als Abgeordnete sind in einer Bringschuld, dieses Interesse zu wecken. Dazu muss unser Haus nicht nur offen, es muss auch einladend sein.

... Persönlichkeitsrechte oder schutzwürdige Interessen von Unternehmen verletzt werden könnten. Letzteres ist aber dann nicht der Fall, wenn Privatunternehmen öffentliche Aufgaben wahrnehmen: Geheimverträge zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger sind undemokratisch.

... gegeben, wenn es den Bürgerinnen und Bürgern schwermacht wird, das Geschehen im Parlament zu verfolgen, sei es durch Sitzungen bis in die Nachtstunden oder durch unnötiges Vertagen, sei es aber auch durch unverständliche Fachsprache oder langatmiges Herumschwafeln.

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
15/15 Vorlage 15/22	Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Zensusgesetz 2011 (Zensusgesetz 2011 – Ausführungsgesetz NRW), Landesregierung, – Volkszählung –	Innenausschuss – federführend – sowie Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 7.10.2010, Abstimmung im Ausschuss 4.11.2010	15/97	Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen, Landesregierung, – Studiengebühren –	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie – federführend – sowie Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 16.9.2010, Verfahrens-festlegung 8.10.2010, i. V. m. Drs. 15/30
15/24	Viertes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (4. Schulrechtsänderungsgesetz), SPD und Grüne – Kopfnoten, Mitbestimmung, Grundschulgutachten und Grundschulbezirke –, s. a. Drs. 15/28, 15/29, 15/36, 15/37	Ausschuss für Schule und Weiterbildung – federführend – sowie Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 3.11.10, Beratung 24.11.2010 und 2.12.2010, 2. Lesung 15./16.12.2010	15/98	Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales, Landesregierung	Innenausschuss – federführend – sowie Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Ausschuss-beratung 7.10.2010, Beratung läuft
15/27	Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefortschrittsrechts, SPD und Grüne – Kommunen als Unternehmer –	Ausschuss für Kommunalpolitik – federführend – sowie Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	Anhörung 5.11.2010	15/135	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Rücknahme des sog. „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I, Linke	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Anhörung beantragt
15/28	Gesetz zur Abschaffung der Kopfnoten an Schulen, Linke	Ausschuss für Schule und Weiterbildung – federführend – sowie Ausschuss für Kommunalpolitik	siehe Drs. 15/24	15/143	Gesetz zur Änderung des Bürokratieabbaugesetzes I, Landesregierung	Innenausschuss – federführend – sowie Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Ausschuss-beratung 4.11.2010
15/29	Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern, Linke	Ausschuss für Schule und Weiterbildung – federführend – sowie Ausschuss für Kommunalpolitik	siehe Drs. 15/24	15/200	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010), Landesregierung	Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie weitere Fachausschüsse	Anhörung 28.10.2010, Auswertung 4.11.2010, Beschluss-empfehlung 25.11.2010, 2. Lesung im Dezember
15/30	Gesetz zur Abschaffung von Studiengebühren in NRW (Studienbeiträge nach StGAG), Linke	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie – federführend – sowie Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 15.7.2010, Verfahrens-festlegung 8.10.2010, i. V. m. Drs. 15/97	15/207	Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010, Landesregierung	Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 28.10.2010, Auswertung 4.11.2010, Beschluss-empfehlung 25.11.2010, 2. Lesung im Dezember
15/36	Gesetz zur Aufhebung der verbindlichen Grundschulgutachten, Linke	Ausschuss für Schule und Weiterbildung – federführend – sowie Ausschuss für Kommunalpolitik	siehe Drs. 15/24	15/215	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen, SPD und Grüne, – ARGen –	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration – federführend –, Haushalts- und Finanzausschuss sowie Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 27.10.2010, Aussprache 24.11.2010, abschließende Beratung im Ausschuss am 8.12.2010, 2. Lesung vorauss. 15./16.12.2010
15/37	Gesetz zur Einführung der Grundschuleinzugsbezirke, Linke	Ausschuss für Schule und Weiterbildung – federführend – sowie Ausschuss für Kommunalpolitik	siehe Drs. 15/24				

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Kraut und Rüben

Das Geschäft mit Blumen, Obst und Gemüse ist harter Wettbewerb

6. Oktober 2010 – Bei Obst und Gemüse ist NRW Spitze: Hier wird rund ein Viertel der deutschen Verkaufserlöse für Tomaten, Paprika, Salate etc. erwirtschaftet, bei Zierpflanzen sind es sogar 38 Prozent. Bundesweit liegt der Produktionswert des Gartenbaus mit Dienstleistungen bei 11.021 Millionen Euro pro Jahr (2009). Kein kleiner Wirtschaftszweig also, der in seinen „Ballungszentren“ – also zum Beispiel am Niederrhein – durchaus als Leitbranche bezeichnet werden kann. Grund genug für den Landwirtschaftsausschuss des Düsseldorfer Landtags, sich unter Leitung seines Vorsitzenden Friedhelm Ortgies (CDU) mit Vertretern der Gartenbauverbände zu treffen. Die Landesgartenschau in Hemer lieferte dazu den passenden Rahmen.

„Den Garten- und Landschaftsbau darf man sich nicht als Träumerei von Rosamunde Pilcher vorstellen. Es ist eine Branche im harten Wettbewerb“, erläuterte Heinz Herker vom Landesverband Gartenbau Westfalen-Lippe die Lage. Zwar arbeite man mit den niederländischen Nachbarn gut zusammen, dennoch herrschten auf beiden Seiten der Grenze unterschiedliche Bedingungen. Gemeinsam mit seinen Fachkollegen Heinrich Hiep und Günther Bayer vom Landesverband Gartenbau Rheinland wies er darauf hin, dass auf deutscher Seite Wachstum nur über die bestehenden Familienbetriebe denkbar sei; in den Niederlanden geschehe dies häufig über den Einstieg von Fremdinvestoren. Da die Märkte gesättigt seien, drohe ein Verdrängungswettbewerb. Auch daher müssten Gartenbaubetriebe die Möglichkeit haben, sich zu Gartenbauparks zusammenzuschließen, um weniger Energie zu verbrauchen, Abwärme besser zu nutzen und den Flächenverbrauch zu verringern. Dies müsse die Politik bedenken, wenn sie hier neue Regelungen treffen wolle.

Für verschärfte, aber europäisch einheitliche Regelungen zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln trat Christian Nagelschmitz (Provinzialverband Rheinischer Obst- und Gemüsebauer) ein: „Dass uns die Mittel fehlen, nützt dem Verbraucher nichts, die Produkte

kommen doch auf den Markt.“ Daher bat er die Landespolitiker, die Umsetzung der entsprechenden EU-Verordnung vom 13. Januar 2009 unterstützend zu begleiten.

Das Verhältnis zwischen privaten und kommunalen Unternehmen thematisierte Dr. Karl Schürmann vom Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau NRW: „Wir können nicht konkurrieren mit kommunalen Betrieben, die eine 100-prozentige Kostendeckung haben.“ Letztere übernahmen Aufträge zur Grünflächenunterhaltung, zur Baumpflege oder im Winterdienst – Aufträge, die privatwirtschaftlichen Betrieben verloren gingen. Diese aber zahlten Steuern und beschäftigten in NRW immerhin 18.000 Menschen. Genau so viele drängten jetzt allerdings über Wiedereingliederungsmaßnahmen des „zweiten Arbeitsmarkts“ in diese Branche. „Ein städtischer Gärtner gehört nicht in einen privaten Garten“, sorgte er sich über eine mögliche Ausweitung der Tätigkeiten kommunaler Betriebe.

RHEINISCHE HASELNUSSE

Was ist eine „Rheinische Haselnuss“? Und kann man sie wirklich von ihrer hessischen oder bayrischen Schwester unterscheiden? Au-

genscheinlich ja, denn sonst würde man von Bundeseite nicht planen, Deutschland in neun Gebiete aufzuteilen, in denen zumindest von der öffentlichen Hand, zum Beispiel an Straßenrändern, nur noch dort heimische Bäume angepflanzt werden dürfen – auch wenn an dem betreffenden Standort ein Baum eines anderen Gebiets vielleicht viel besser wachsen würde. Dass es eigentlich nur wenige wirklich gebietsheimische Baumarten gebe, und dass man darüber hinaus durch die verordnete Einheitlichkeit Nachteile für die Artenvielfalt und damit auch die Widerstandsfähigkeit der Natur befürchten müsse, meinte Helmut Selders (Bundesverband deutscher Baumschulen).

Beeindruckt zeigten sich die Abgeordneten des NRW-Landtags davon, dass es in Hemer gelungen sei, die Landesgartenschau mit Impulsen für die Stadtentwicklung zu verknüpfen, welche Bürgermeister Michael Esken detailliert erläuterte. Immerhin hätten fast 1 Million Besucherinnen und Besucher den Weg in die 35.000-Einwohner-Stadt gefunden. Vor diesem Hintergrund begrüßte Manfred Lorenz vom Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau NRW die Zusage von Umweltminister Rammel, an der nunmehr 25-jährigen Tradition der Gartenschauen festzuhalten.

cw

Gespräch über Gartenbau

Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU, erste Reihe, 2. v. l.) trafen sich mit Vertretern der Verbände aus dem Garten- und Landschaftsbau. Vorne rechts Michael Esken, Bürgermeister von Hemer, Ort der diesjährigen Landesgartenschau.

Fotos: Wiefel



+++ Meldungen +++

Lehrstück Opel

6. Oktober 2010 – Über mögliche Lehren aus dem Sanierungsfall Opel haben die Abgeordneten kürzlich im **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Dr. Jens Petersen, CDU) diskutiert. Sowohl CDU als auch SPD und Grüne machten deutlich, dass für sie die Lehren aus Opel bereits klar seien: Jedes Unternehmen, egal wie groß, habe grundsätzlich einen Anspruch auf eine vorbehaltlose Prüfung auf Staatshilfe. Die FDP-Fraktion hingegen warf der Landesregierung vor, aus dem Sanierungsfall Opel nicht die richtigen Schlüsse gezogen zu haben, nämlich einen stärker zurückhaltenden Umgang mit Staatshilfen. Vielmehr beginne diese, sich nun auch in die Abwehrmaßnahmen von Hochtief gegen eine Übernahme durch den spanischen Baukonzern ACS einzumischen. Er sehe seinen Job als Wirtschaftsminister darin, mit den Firmen im Land im Gespräch zu bleiben, verteidigte sich Harry Kurt Voigtsberger (SPD). Dies gelte für Hochtief genauso wie für das Unternehmen Ford, welches zu einem Gespräch über mögliche Bürgschaften eingeladen habe.



Illustration: Peter Flock

Landtag will mehr männliche Erzieher

7. Oktober 2010 – Alle Fraktionen im Landtag sind sich einig darin, dass mehr männliches Erziehungspersonal notwendig ist. Das ist im **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** (Vorsitz Margret Vosseler, CDU) deutlich geworden. Der aktuelle Anteil liege bei nur 2,4 Prozent, dabei bräuchten gerade Jungen auch männliche Vorbilder neben den (teils alleinerziehenden) Müttern und Erzieherinnen, erklärte Ursula Doppmeier (CDU). Ihre Fraktion hat einen entsprechenden Antrag vorgelegt, der die Landesregierung zum Handeln auffordert. An dem Antrag vermisste Andrea Asch (Grüne) eigene Vorschläge für entsprechende Maßnahmen. Sie schlug vor, mit allen Fraktionen den Antrag zu überarbeiten und zu ergänzen und am Ende zu einer fraktionsübergreifenden Initiative zu gelangen. Zu dieser solle dann auch eine öffentliche Anhörung stattfinden. Den „Knackpunkt“ für die stagnierende Beteiligung der Männer am Erzieherberuf sah Asch in einer zu schlechten Bezahlung. Kein Alleinverdiener könne mit dem Erziehergehalt seine Familie ernähren. Marcel Hafke (FDP) sah das Hauptproblem mehr noch im schlechten Image des Berufs, was im Übrigen auch für das Grundschullehramt gelte. Das Problem sei

nicht neu, bemerkte Dr. Carolin Butterwegge (Linke) und fragte CDU und FDP, warum sie in ihrer Regierungszeit nicht bereits tätig geworden seien. Auch sie problematisierte eine Unterbewertung des Erzieherberufs. Obwohl Eva Steininger-Bludau (SPD) ihrer Vorrednerin darin zustimmte, dass es bei der Kindererziehung noch drängendere Probleme gebe, plädierte sie dafür, die Sache interfraktionell anzugehen – „ansonsten verändern wir gar nichts“.

Datteln: Streit über Rechtsfragen

6. Oktober 2010 – Der **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** hat sich außerdem mit dem durch ein Gerichtsurteil gestoppten Kraftwerksbau in Datteln befasst. Aufgrund der rechtlichen Lage sei das Projekt mindestens „scheintot“, was für Datteln jedoch ein gutes Signal sei, hieß es von den Linken. Die CDU-Fraktion hingegen forderte den Landtag in einem Antrag dazu auf, den Neubau des Kraftwerks als Beitrag zur Förderung des Industriestandorts NRW zu vollenden – notfalls auch über eine Gesetzesänderung. Rechtsbeugung warfen die Regierungsfaktionen deshalb der CDU vor. Die Stadt Datteln sei nun an der Reihe, planungsrechtliche Defizite auszuräumen. Es könne nicht sein, dass stattdessen bei Rechtsverstößen während eines

laufenden Bauprozesses einfach das Recht verändert werde. Gegen diese Einschätzung wehrte sich die FDP: Rechtsstaatlich sei an so einem Vorgehen nichts auszusetzen. Das Parlament sei schließlich dazu da, Gesetze zu beschließen und gegebenenfalls auch zu ändern.

Sportförderung darf kein Glückspiel sein

5. Oktober 2010 – Fünf Millionen Bürger: Fast jede oder jeder Dritte gehört in Nordrhein-Westfalen einem der 20.000 Sportvereine an. Damit ist der Landessportbund die größte Organisation in NRW. Dies erläuterten Präsident Walter Schneeloch und Vorstandsvorsitzender Dr. Christoph Niessen im **Sportausschuss** des Düsseldorfer Landtags (Vorsitz Axel Wirtz, CDU). Besonders hoben sie die Straffung der Organisationsstruktur hervor. Seit 2006 habe man von fünf Entscheidungsebenen zwei gestrichen und die Anzahl der Ausschüsse von zehn auf drei verringert. Auch finanziell habe man durch die Streichung von Stellen und den Verkauf von Sportschulen, die Einstellung von Teilbetrieben und erhöhte Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen eigene Anstrengungen unternommen. Dennoch hätten zurückgehende Lottereeinnahmen und eine nur teilweise Kompensation durch Landesmittel bei den Mitgliedsorganisationen des Landessportbunds zu wachsenden finanziellen Nöten geführt. Daher appellierten die Vertreter des Landessportbundes an den Ausschuss hinsichtlich einer zukünftig erhöhten sowie stetigen Fördersumme, unabhängig von den Schwankungen der Lottereerlöse.

Loveparade: Grenzen der Information?

7. Oktober 2010 – Welche Fragen darf die Regierung in Bezug auf das Unglück bei der Loveparade zu diesem Moment beantworten, welche nicht? Dies war Thema einer kontroversen Auseinandersetzung im **Innenausschuss** (Vorsitz Monika Düker, Grüne). FDP und CDU warfen Innenminister Ralf Jäger (SPD) vor, er habe keine Frage eines umfangreichen Fragenkatalogs ausreichend beantwortet. Dieser erwiderte, er sei gebunden an das, was die Staatsanwaltschaft ihm – nach Prüfung der Fragen – zur Beantwortung freigebe. Schließlich bestehe die Gefahr, dass seine Informationen Zeugenaussagen beeinflussten. Einig war sich der Ausschuss darin, sich in der kommenden Sitzung insbesondere um die Frage, wie es um die Hilfen für Betroffene, Opfer und Familienangehörige stehe, zu kümmern.

Zensusgesetz auf dem Prüfstand

Anhörung zur geplanten Volkszählung

7. Oktober 2010 – Der Datenschutz, die Kosten für die Kommunen und die Anforderungen an Beauftragte für die Datenerhebung, diese Themen standen im Mittelpunkt der Expertenanhörung über das „Ausführungsgesetz zum Zensusgesetz“, das die Landesregierung im Entwurf vorgelegt hat (Drs. 15/15). In einer gemeinsamen Sitzung von Innenausschuss (Vorsitz Monika Düker, Grüne) und Kommunalausschuss (Vorsitz Carina Gödecke, SPD) äußerten sich Sachverständige zu den in NRW geplanten Modalitäten der bundesweiten Volkszählung 2011.

Mit dem Zensusgesetz vom 8. Juli 2009 hat der Bundesgesetzgeber die Durchführung der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung (Zensus) im April nächsten Jahres angeordnet. Regelungen zu Organisations- und Verfahrensfragen hat er jedoch weitgehend den Ländern überlassen. Vor diesem Hintergrund äußerten Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen Bedenken im Hinblick auf die Kosten der Volkszählung für die Städte und Gemeinden.

Die Gesamtkosten in Nordrhein-Westfalen liegen bei 123 Millionen Euro. Darin enthalten sind 29 Millionen Euro, die auf kommunaler Ebene durch die Einrichtung örtlicher Erhebungsstellen sowie den Einsatz von rund 22.000 Erhebungsbeauftragten entstehen. Diese müssen laut Landesverfassung nach dem Konnexitätsprinzip erstattet werden – wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.

Die Kommunalen Spitzenverbände akzeptieren allerdings die zugrunde gelegte Kostenfolgeschätzung nicht. „Die Kommunen bekommen dadurch nur 60 Prozent der Kosten erstattet“, rechnete Dr. Helmut Fogt vom NRW-Städtetag vor. In NRW sei der Kostenausgleich

mit 1,60 Euro pro Einwohner bundesweit am niedrigsten bemessen. In anderen Bundesländern liege er bei 2 Euro. Die Experten der Kommunalen Spitzenverbände forderten, nachträglich die Kostenfolgeabschätzung zu überprüfen. Brandenburg etwa habe eine solche Regelung in das Landesausführungsgesetz zum Zensus eingefügt. „Von einer vollen Erstattung der Kosten sind wir noch weit entfernt“, befürchtete auch Dr. Marco Kuhn vom NRW-Landkreistag Düsseldorf. Auf den Kreis Recklinghausen etwa kämen 500.000 Euro Kosten zu, unter anderem für die Schulung von 150 Erhebungsbeauftragten, ergänzte Simone Kaspar vom NRW-Landkreistag. „Das ist bei 240 Millionen Euro Schulden nicht zu akzeptieren.“

DATENSCHUTZ

Einen weiteren Schwerpunkt bildete in der Anhörung das Thema Datenschutz. Dabei wurden immer wieder Vergleiche mit der umstrittenen Volkszählung 1983 angestellt. „Wir müssen die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen“, betonte der Landesdatenschutzbeauftragte Ulrich Lepper. Auf keinen Fall dürfe man den Daten-

schutzstandard wegen der Kosten heruntersetzen. „Man wird nicht alles regeln können. Wir werden das aber kritisch beobachten und raten dringend zu einer Fortbildung der Erhebungsbeauftragten.“ Sofern alle Vorgaben eingehalten würden und die Datensicherheit gewahrt sei, hatte Lepper keine Bedenken gegen den Zensus. Skeptisch stand er der Idee gegenüber, auch Krankenhäuser, Haftanstalten und Behinderteneinrichtungen in die Befragung einzubeziehen. Hier genüge es, die jeweilige Leitung der Institution zu befragen, regte er an und verwies auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Von einem „riesengroßen Experiment mit einer Mega-Datenbank“ sprach jedoch Jens Rinne als Vertreter der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Fuchs, Schönigt + Partner aus Bremen. „Über 180 Fragen an den Haushalt der Bürger sind mit einem Risiko behaftet. Deshalb muss man deutliche Vorgaben in das Gesetz schreiben“, meinte er. Nicht akzeptabel sei, dass die 22.000 Erhebungsbeauftragten keine besondere Eignung haben müssten.

Hans-Josef Fischer vom Landesbetrieb Information und Technik (IT.NRW) hielt den Zensus für erforderlich, schon allein für Strukturentscheidungen und Bildungsfragen. Auch im Hinblick auf den Finanzausgleich sei die Feststellung neuer Einwohnerzahlen notwendig. „In Deutschland fehlt ein flächendeckendes Register über den Wohnungsbestand“, erklärte er.

Die Fraktionen nahmen die Anregungen und Einwände der Experten aufmerksam auf und bedankten sich für die Stellungnahmen und Einschätzungen aus der Praxis, die etwa Oliver Knapp als Sachverständiger bereits aus seinen Erfahrungen in Hessen und Thüringen geben konnte. Dazu zählten Hinweise auf die „Abschotung“ der Erhebungsbeauftragten, die nach ihrem Einsatz an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten und denen die sensiblen Daten der Volkszählung rund zwölf Wochen lang vorlägen.

Andrea Stockhausen

Die Vorsitzende des Innenausschuss, Monika Düker (Grüne, r.), im Gespräch mit Sachverständigen.
Foto: Schälte





Probephöhne: Abgeordnete für 48 Stunden

181 Jugendliche nutzten den dritten Jugend-Landtag als Schnupperkurs

7.-9. September 2010 – Zum dritten Mal hat sich der Landtag Nordrhein-Westfalen in eine große politische Probephöhne für Jugendliche verwandelt. 48 Stunden lang schlüpfen die 181 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Jugend-Landtag in die Rolle der Abgeordneten. Sie diskutierten, berieten und debattierten abschließend im Plenum. Das Besondere: Die Beschlüsse der Jugendlichen stehen bald in den Ausschüssen des echten Landtags auf der Tagesordnung.

Fraktionstreffen, Ausschusssitzungen und Pressekonferenz – das Arbeitspensum in den Tagen war hoch. Da hieß es: keine Zeit verlieren! Gleich nach der Begrüßung durch Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU) wählten die einzelnen Fraktionen ihre Vorsitzenden. Das Ergebnis fiel überraschend „weiblich“ aus: vier Frauen und drei Männer. „Wenn wir schon hier sind, warum sollen wir nicht probieren, unsere Stimme laut einzubringen“, meinte Simona Kaltbach (20), Fraktionsvorsitzende der Grünen.

Und laut war der Jugend-Landtag in jedem Fall, was nicht zuletzt damit zu tun hatte, dass sich die Nachwuchsabgeordneten ziemlich schnell zurechtfinden im Alltag der Landespolitik: Wer den Beitrag einer Kollegin oder

eines Kollegen lobte, klatschte nicht länger in die Hände, wie noch bei der ersten Begrüßung im Plenarsaal, sondern nach klassischer Parlamentsart mit flacher Hand auf den lackierten Holztisch.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen zwei Themen: „Europa voran bringen“ und „Ehrenamtsförderung durch Schulen“. Dazu gab es neben mehreren Fraktionssitzungen und Arbeitskreistreffen auch jeweils eine Anhörung, in denen die Jugendlichen verschiedene Fachleute befragen konnten. Seinen Höhepunkt erreichte der Jugend-Landtag dann mit der anschließenden Plenarsitzung – für viele der Nachwuchsabgeordneten der erste große Auftritt am Rednerpult. Mehr als drei Stunden diskutierten die Jugendlichen über verschie-

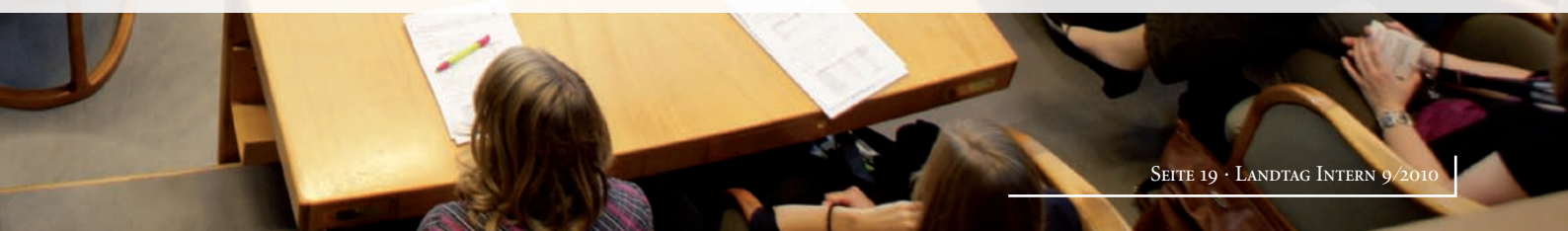
dene Anträge und fassten am Ende Beschlüsse, worin sie beispielsweise die Einrichtung eines Ehrenamtsbüros sowie eines einheitlichen Ehrenamtspreises für Nordrhein-Westfalen forderten. Mit diesen Beschlüssen wird sich bald auch der echte Landtag beschäftigen.

„Wir haben viele Talente erlebt und wollen Euch ermuntern, den Weg weiterzugehen“, lobte Vizepräsidentin Carina Gödecke (SPD) die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des dritten Jugend-Landtags nach der Debatte. „Es war toll, wir haben selber viel gelernt.“ Für diese Leistung bekamen die Jugendlichen dann auch eine Urkunde und eine kleine Erinnerung. Und wer wollte, durfte sich verewigen: im Goldenen Buch des Landtags Nordrhein-Westfalen.

bra



Fotos: Schälte/Meyer



Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Laumann setzte sich für Kohlekompromiss ein

„Das war ein sehr gutes Gespräch. Und es ist ein sehr gutes gemeinsames Zeichen, dass die CDU, die Gewerkschaften, die Arbeitnehmerschaft, aber auch das Unternehmen RAG und die RAG-Stiftung hinter dem deutschen Kohlekompromiss von 2007 stehen und gemeinsam dafür kämpfen“, erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Josef Laumann (Foto l.), und stieß damit auf breite Zustimmung in seiner Delegation. Nach Brüssel war der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion gereist, um dort bei dem deutschen EU-Kommissar Günther Oettinger (Foto r.) und dem Kabinettschef von Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Johannes Laitenberger, für die Interessen der deutschen Bergleute zu kämpfen.

„Die Menschen im Revier brauchen die Sicherheit und das Vertrauen in die Verlässlichkeit von Politik, wie wir es im Kohlekompromiss vor drei Jahren vereinbart haben.“ Nach diesen Gesprächen sei er sich sicher, dass es gute Chancen gebe, die Kohleförderung wie vereinbart erst 2018 auslaufen zu lassen. Dazu müssten alle politisch Beteiligten genauso wie die Arbeitnehmerschaft und das Unternehmen dicke Bretter bohren. „Das geschlossene Bild der deutschen Beteiligten wird dabei ein eindeutiges Signal in Richtung Brüssel sein“, sagte Laumann in Richtung Bundeswirtschaftsminister Brüderle. „Die nordrhein-westfälische Politik steht parteiübergreifend und geschlossen hinter dem Kohlekompromiss und dem Enddatum 2018.“

Laumann: „Die Kohle gehört zur Kultur unseres Landes Nordrhein-Westfalen. Wenn man nun die Kohle beendet, dann muss man mit Anstand aussteigen. Dabei stehen wir an der Seite der Bergleute.“ ■



Volles Haus: SPD-Landtagstalk über die Gemeinschaftsschule

Schon wenige Wochen nach der Wahl von Hannelore Kraft zur Ministerpräsidentin hat die rot-grüne Landesregierung die Eckpunkte zur Einführung der Gemeinschaftsschule in Nordrhein-Westfalen beschlossen. Damit ist ein wesentliches Anliegen sozialdemokratischer Bildungspolitik auf den Weg gebracht. Wir werden den Elternwunsch nach einem längeren gemeinsamen Lernen aller Kinder gerecht und sorgen dafür, dass kein Kind mehr zurückgelassen wird. Da sich vor allem Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schulträger sowie Politikerinnen und Politiker aus den Kommunen für das Konzept der Gemeinschaftsschule interessieren, hat die SPD-Fraktion zum Landtagstalk nach Düsseldorf eingeladen. An der Informationsveranstaltung nahmen über 100 Gäste teil, die vor Ort mit sinkenden Schülerzahlen zu kämpfen haben und wissen wollten, wie die Gemeinschaftsschule den Kindern ein bestmögliches und umfassendes Angebot vor Ort sichert.



Der große Vorteil der Gemeinschaftsschule ist, dass sie alle Bildungsgänge – vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur – unter einem Dach anbietet. Alle Kinder lernen zunächst in den Jahrgangsstufen 5 und 6 gemeinsam. Frühestens ab der 7. Jahrgangsstufe werden die Schülerinnen und Schüler in Haupt-, Real- oder Gymnasialklassen getrennt unterrichtet. Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und Kommunen können gemeinsam entscheiden, dass alle Kinder und Jugendlichen auch nach Klasse 6 gemeinsamen Unterricht erhalten. Für alle Gemeinschaftsschulen jedoch gilt: Es gibt eine gemeinsame Schulleitung und ein gemeinsames Lehrerkollegium unter einem Dach. Die Gemeinschaftsschulen, die nicht genug Schülerinnen und Schüler für eine Oberstufe haben, können in Kooperation mit anderen ein Oberstufenzentrum gründen oder mit einer bestehenden Oberstufe kooperieren. Bei der Einführung der Gemeinschaftsschule wollen wir pragmatische, orts- und stadtteilgenaue Lösungen ermöglichen. Deshalb setzen wir bei der konkreten Ausgestaltung auf die gemeinsame Entscheidung der Eltern, Schulen und Kommunen. ■



Stuttgart 21 – Grüne zeigen sich solidarisch!



Auch die Grüne Landtagsfraktion hält das Projekt „Stuttgart 21“ grundsätzlich für problematisch, nicht zuletzt, weil hier in einem einzigen Projekt immense Mittel gebunden werden. Diese fehlen dann bei der Ausgestaltung des Schienenverkehrs in NRW. Deshalb haben sich auch Grüne Abgeordnete an der Protestaktion „Schwabenstreiche“ beteiligt (im Bild Monika Düker MdL und Arndt Klocke MdL).

Doch ganz gleich, wie man inhaltlich zu dem Projekt steht, das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten in Stuttgart am 30.09.2010 war schockierend. Die Fraktion hat deshalb folgende Solidaritätserklärung verfasst:

„Wir erklären unsere Solidarität mit den Gegnern des Bahnprojektes Stuttgart 21, die derzeit mit einem massiven Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlosspark überzogen werden. Die Bilder aus Stuttgart zeigen eine Machtdemonstration, die buchstäblich auf dem Rücken kritischer Bürgerinnen und Bürger ausgeübt wird. Hier droht eine Eskalation der Auseinandersetzung, die bislang mit friedlichen und demokratischen Mitteln geführt wurde. Die Argumente der Gegner des Bahnprojektes sind überzeugend und verlangen nach einer Debatte, die nur mit einem Baustopp sinnvoll geführt werden kann. Auch wenn die Entscheidung für oder gegen Stuttgart 21 in Stuttgart fallen muss, wissen wir, dass mit der Bindung milliardenschwerer Investitionen der Bahn in einem jegliche Finanzdimension sprengenden Bauvorhaben in Stuttgart dringend überfällige Investitionen auch in unserem Bundesland in weite Ferne rücken.“

Wir hoffen mit den tausenden engagierten Menschen vor Ort, dass es gelingt, einen gewaltfreien und friedlichen Lösungsweg des Konfliktes zu finden. Diese Räumung heute jedenfalls war kein Beitrag zur Verständigung.“



FDP-Fraktion: Bettensteuer schadet dem Tourismusstandort NRW

Die FDP-Fraktion lehnt die Einführung der von Rot-Grün landesweit genehmigten „Bettensteuer“ in den nordrhein-westfälischen Kommunen strikt ab. „Eine neue Steuer auf Übernachtungen belastet Bürger und Betriebe. Sie wird verheerende Auswirkungen für den Tourismusstandort Nordrhein-Westfalen haben“, sagt Dietmar Brockes (Foto), wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Für den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Fraktion steht fest, dass Nordrhein-Westfalen für Gäste aus dem In- und Ausland deutlich an Attraktivität verlieren wird. Als Folge drohe der Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Gastgewerbe. „Fallen durch höhere Belastungen Stellen weg, leiden darunter insbesondere geringer qualifizierte Menschen, denen das Gastgewerbe in verschiedenen Berufen gute Arbeitsplätze bietet“, unterstreicht Brockes. Sein Fazit: Die „Bettensteuer“ gefährdet Wachstum und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. „Die rot-grüne Minderheitsregierung erfindet neue Steuern, die unserem Land schaden, statt verantwortungsvolle Sparbemühungen voranzutreiben“, kritisiert der Liberale.

Zudem ist fragwürdig, ob die „Bettensteuer“ rechtmäßig ist. Es liegen mehrere Gutachten vor,



Dietmar Brockes

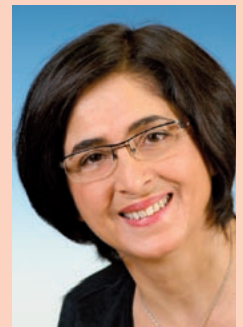
die die rechtliche Zulässigkeit der Bettensteuer massiv in Frage stellen. Eine Klagewelle betroffener Betriebe gegen die neue Steuer ist vorprogrammiert. Und selbst innerhalb der Landesregierung wird die Verfassungsmäßigkeit der Bettensteuer in Frage gestellt. „Dennoch wurde sie landesweit zugelassen und sogar als ‚richtiger Weg‘ empfohlen.“ Anstatt die Städte und Gemeinden vor den Risiken der Bettensteuer zu warnen, werden sie von der Regierung sehenden Auges in eine kostspielige Prozesslawine getrieben. Da die „Bettensteuer“ als kommunale Steuer erhoben wird, liege das Risiko bei den Kommunen. „Das ist unverantwortlich von Rot-Grün.“



Frauenhäuser treffen auf Verweigerungshaltung im Landtag

Mit der landesweiten Kampagne „Schwere Wege leicht machen“ hat die Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser NRW zu Recht auf die mangelnde finanzielle Absicherung der Frauenhäuser aufmerksam gemacht.

Frauenhäuser sind für Frauen und Kinder die erste Anlaufstelle bei akuter Bedrohung durch Gewalt. Sie bieten nicht nur Schutz und Hilfe, sondern sorgen zudem für die notwendige psychologische und sozialpädagogische Betreuung, die über den Aufenthalt in der Einrichtung hinausgeht. Eine adäquate Begleitung und Nachsorge gehört daher zum Grundkonzept jedes Frauenhauses. Infolge der rigorosen Mittelkürzungen der CDU/FDP-Regierung wurde 2006 eine Stelle zur sozialpädagogischen Betreuung der Frauen in Frauenhäusern gestrichen. Daraus ergaben sich untragbare Verhältnisse: Den Angaben der Landesarbeitsgemeinschaft zufolge mussten allein im Jahr 2008 mehr als 5.500 hilfesuchende Frauen abgewiesen werden.



Hamide Akbayir

DIE LINKE hat daher im Landtag beantragt, die Stellen zur sozialpädagogischen Betreuung noch in diesem Jahr wieder einzurichten. Dies wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP abgelehnt. Unsere Initiative, einen Rechtsanspruch auf einen Frauenhausplatz und eine sowohl einheitliche als auch bedarfsorientierte Finanzierung der Einrichtungen festzuschreiben, wurde mit den Stimmen von CDU und FDP ebenfalls abgelehnt, weil sich SPD und Grüne durch Stimmenthaltung verweigerten.

Wir sind sehr enttäuscht, dass SPD und Grüne trotz entgegengesetzter Versprechen den von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern die kalte Schulter zeigen. Mit ihrer Verweigerungshaltung werden die Frauenhäuser, die jedes Jahr Tausende von Frauen und Kinder abweisen müssen, weiter vertröstet. Wieder schieben SPD und Grüne ein Wahlversprechen auf die lange Bank. Für eine noch zu gründende Kulturstiftung und für über 100 Personalstellen im Umweltbereich hingegen wollen SPD und Grüne aber noch in diesem Jahr Millionenbeträge bereitstellen.



Lage weiterhin dramatisch

Flutkatastrophe in Pakistan: Ausschuss für Europa und Eine Welt informierte sich über Hilfe aus NRW

8. Oktober 2010 – Über 20 Millionen Menschen sind von der schlimmsten Flutkatastrophe in der Geschichte Pakistans betroffen. Auch Wochen nach Beginn der Überschwemmungen sei die Not der Bevölkerung weiterhin groß, berichtete Europa-Ministerin Dr. Angelika Schwall-Düren (SPD) den Abgeordneten im Ausschuss für Europa und Eine Welt (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU). Sie gab einen Überblick über die bereits geleistete finanzielle Hilfe Nordrhein-Westfalens und mögliche weitere Hilfsprojekte.



Zuvor hatte die Ministerin dem Ausschuss bereits schriftlich dargelegt, wie das Land Nordrhein-Westfalen sich an der weltweiten Hilfe für Pakistan beteiligt (Vorlage 15/85). Demnach hat das Land ein Hilfsprojekt des Deutschen Roten Kreuzes im Süden Pakistans mit insgesamt 500.000 Euro unterstützt und damit Soforthilfe ermöglicht. Mit dem Geld konnten Überlebenspakete für 1.500 Familien im Katastrophengebiet finanziert werden, machte Angelika Schwall-Düren deutlich. „Die von NRW finanzierten Hilfsgüter erreichen etwa 10.000 Menschen“, so die Ministerin. Zu den mitfinanzierten Gütern gehörten Zelte, Decken, Medikamente, Hygieneartikel und Haushaltsgegenstände. Im Ausschuss für Europa und Eine Welt hob die Ministerin hervor, dass die Opfer der Flut auf weitere, akute Überlebenshilfe angewiesen seien. „Bis mit dem Wiederaufbau und einer geordneten Entwicklungshilfe begonnen werden kann, wird noch einige Zeit vergehen“, heißt es im schriftlichen Bericht der Ministerin.

AKUTE VERSORGUNG GEWÄHRLEISTEN

Die Ausschussmitglieder begrüßten die Hilfe des Landes für Pakistan. „Nordrhein-Westfalen ist vorbildlich vorangegangen“, lobte der Grünen-Abgeordnete Stefan Engstfeld. Er hoffe, dass dieses Vorbild auch den Bürgerinnen und

Grafik: Onidji, Fotolia.com

Bürgern ein Anlass sei, weiterhin für die Menschen in Pakistan zu spenden. An erster Stelle gehe es auch in nächster Zeit darum, Nahrungsmittel und Übernachtungsmöglichkeiten für die betroffene Bevölkerung zu finanzieren und somit die akute Versorgung zu gewährleisten. „Die Lage in Pakistan ist weiterhin dramatisch“, so Engstfeld. Für die FDP-Fraktion regte der Abgeordnete Dietmar Brockes im Ausschuss an, die Landesregierung solle über die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz hinaus auch mit kleineren Hilfsorganisationen aus Nordrhein-Westfalen kooperieren, da diese vor Ort ebenfalls flexibel und sehr effektiv tätig seien. Brockes nannte das Beispiel einer nordrhein-westfälischen Hilfsorganisation, die in Pakistan mit einem Helikopter den Transport von Hilfsgütern in die Überschwemmungsgebiete unterstützte. Daraufhin erklärte Ministerin Schwall-Düren, die Landesregierung habe sich für eine Kooperation mit dem Deutschen Roten Kreuz entschieden, weil so eine äußerst schnelle Soforthilfe nach Bekanntwerden der

Katastrophe im Juli möglich gewesen sei. Zugleich versicherte sie im Ausschuss auf Nachfrage der CDU-Abgeordneten Ilka von Bodelager, dass die Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen zu 100 Prozent die betroffenen Menschen in Pakistan erreiche.

Bewusst habe sich die Landesregierung von SPD und Grünen dagegen entschieden, einen eigenen Hilfsfonds für Pakistan einzurichten, um zusätzlichen Verwaltungsaufwand und damit verbundene Kosten zu vermeiden. In ihrem schriftlichen Bericht zeigt sich die Ministerin zuversichtlich, weitere finanzielle Hilfen des Landes zu ermöglichen. Hierfür könnten verbliebene Finanzmittel aus dem Bereich „Europa und Internationales“ genutzt werden, so Schwall-Düren. SW

Neuer Ausschuss

Der Ausschuss für Europa und Eine Welt hat in der 15. Wahlperiode seine Arbeit neu aufgenommen, nachdem in der vergangenen Wahlperiode der Hauptausschuss des Landtags für das Thema Europa und Internationales zuständig war. Ein zentraler inhaltlicher Schwerpunkt der Ausschussarbeit ist es, die Europapolitik des Landes Nordrhein-Westfalen, besonders gegenüber den Institutionen der Europäischen Union, konstruktiv und kritisch zu begleiten. Dazu lud Europa-Ministerin Dr. Angelika Schwall-Düren (SPD) die Ausschussmitglieder ein. Zum Auftakt der Ausschussarbeit ließen sich die Abgeordneten unter anderem zu den Perspektiven der europäischen Strukturförderung und den Auswirkungen des Lissabon-Vertrags auf die Mitsprachemöglichkeiten Nordrhein-Westfalens in der Europäischen Union informieren.

Porträt: Carina Gödecke (SPD)



Carina Gödecke lächelt und blickt verschwörerisch, so als berge ihr neues Büro ein Geheimnis. „Kommen Sie, ich zeige Ihnen was“, sagt sie und drückt an der Holzwand eine Klinke herunter. Hinter einer unscheinbaren Tür wird ein winziges Badezimmer sichtbar, mit Duschkabine und blitzblank geputzten Fliesen. Die Bochumerin entdeckt immer noch Neues im Rundbau am Rheinufer, obwohl sie dem Parlament seit 15 Jahren angehört.

Die 51-Jährige kennt ansonsten sämtliche Gänge, Nischen, die langen und die kurzen Dienstwege. Sie hat noch erlebt, wie die SPD die „Kaffeeklappe“ besetzt hielt. Sie kennt die Ausläufer jener legendären sozialdemokratischen Hochzeiten. Nach der Wahlniederlage 2005 musste sie auch die Ohnmacht der Opposition kennenlernen. Nun hat Rot-Grün die Regierungsgeschäfte dieses Jahr wieder übernommen, und es öffnete sich eine besondere Tür für die Sozialdemokratin. „Jawohl, Carina Gödecke aus der Kolonie Vollmond in Bochum-Laer ist jetzt Vizepräsidentin“, schreibt sie im Juli auf ihrer Homepage. Bei den Präsidiumswahlen habe sie das beste Ergebnis bekommen – 161 von 181 Stimmen. Stolz schwingt in jeder Zeile mit.

Gödecke ist zufrieden, was aus ihr, jenem kleinen blonden Mädchen, geworden ist, das 1962 mit seinen Eltern aus Hessen in die Opel-Stadt Bochum kam. Sie erzählt in ihrem Büro, dass sie zum ersten Mal ihr Vorwärtskommen genau geplant habe, denn bisher sei vieles in ihrem Leben zufällig auf sie zugekommen. Weit vor der Landtagswahl begann sie also zu überlegen, welche politische Aufgabe sie beruflich noch reizen könnte. Rasch geriet das Landtagspräsidium in ihr Blickfeld, denn für sie gilt das als Krönung einer parlamentarischen Laufbahn. Seit dem Jahre 2000 schuftete sie als Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, gönnte sich kaum Freizeit. Solche Kärnerarbeit belastet Knochen und Seele, auch bei einem so belastungsfähigen und fleißigen Menschen. Wer Gödecke in den vergangenen Jahren begegnete, der sah eine

diskrete Parlamentarierin, die sich allenfalls zum Lächeln einer Thebanerin hinreißen ließ und unausgesprochen verkündete: Ich weiß alles, aber ich sage nichts. Sie wirkte für Außenstehende unnahbar, galt aber in der Fraktion als kommunikative Kümmererin. „Ich bin niemand, der Mauern um sich herum aufbaut“, sagt sie. Freilich zwang ihre Aufgabe sie immer wieder zu einer gewissen Distanz. „Sie sind ein Stück weit einsam. Sie gehören keiner Clique an“, sagt Gödecke. Sie musste dem Fraktionsvorstand den Rücken freihalten, aber auch auf die Stimmung in der Fraktion eingehen. Sie versuchte, Konflikte zu erahnen, ehe diese aufloderten, und instruierte die Kollegen eindringlich vor Debatten und Abstimmungen.

REGIEANWEISUNGEN

Längst gilt sie parteiübergreifend als Koryphäe in parlamentarischen Verfahrensfragen. Nur einen Plenartag hat sie in den vergangenen zehn Jahren verpasst, da musste sie am Rücken operiert werden. Es war Donnerstag, der 10. September 2009. Vorsorglich hatte sie in die Tagesordnung „Regieanweisungen“ für die Fraktion eingetragen. Es ging alles gut. Kurz zuvor hat einer ihrer Mitarbeiter noch eine andere Tür aufgestoßen und sie ermuntert, ihre Gedanken für die eigene Homepage niederzuschreiben. Seitdem existiert die Rubrik „Gödeckes Woche“, die jeden Sonntag von der Ich-Erzählerin fortgeschrieben wird. Hier erlebt man Gödecke gewissermaßen ganzheitlich, nicht nur als Politikerin. Sie wird mitunter sehr privat und schreibt darüber, wie ihre hoch betagte Mutter Johanna allein immer schwerer zurechtkam und in einem Pflegeheim ein neues Zuhause fand. Sie berichtet über ihre Rückenprobleme und die leidigen Arzttermine. Regelmäßig tauchen ihr Lebensgefährte Heinz-Martin, dessen Kinder und Enkel in den Einträgen auf. Gödecke genießt ihre erweiterte, neue Familie, die sie nach der Trennung von ihrem Ehemann hinzugewonnen hat. Und oft klagt sie über die chronische Schwäche ihres VfL Bochum. Aus den aktuellen Wochenberichten erfährt man, dass Gödecke sich mit perfektionistischer Leidenschaft auch auf das neue Amt der Vizepräsidentin konzentriert. „Ich war zumindest ganz zufrieden mit mir. Zumal ich eine weitere Premiere erleben durfte: die Fragestunde. Das ist schon so was wie die hohe Kunst der Sitzungsleitung. Aber, ‚Feuertaufe‘ bestanden ohne Murks zu machen oder Mist zu verzapfen“, schreibt Carina Gödecke Anfang Oktober in ihr Tagebuch. Sie freut sich, dass sie nun auch Gespräche am Rande des Plenums führen kann und nicht mehr auf alles Acht geben muss – endlich Zeit, neue Türen zu öffnen.

Kristian Frigelj

Fußball mit Leidenschaft

Nicht einmal 48 Stunden nach einer bösen Niederlage gegen Air Berlin machte sich der FC Landtag NRW auf in das entlegene Medebach, der Heimat von FCL-Präsident Günter Langen, um dort den neuen Kunstrasenplatz gegen eine Medebacher Auswahl einzuweihen. Die beiden Mannschaften waren ebenbürtig, die Torchancen verteilt, auch wenn der FCL durch sein technisch wie läuferisch starkes Mittelfeld Ibi Filinte, Stojan Petrov und Oleg Born mehr im Ballbesitz war. Es war allerdings schwer, bei der dicht gestaffelten Abwehr der Medebacher zum Abschluss zu kommen. Der letzte, die Abwehr aushebelnde Pass zu den FCL-Offensivkräften Willi Nowack, Werner Mayer und Hubert Kleff blieb stets in den Medebacher Abwehrbeinen hängen. Da jedoch auch die Defensive des FCL um Jörg Krause, Wolfgang Euteneuer, Hans Zinnkann und Abwehrorganisator Willi Boltersdorf sicher stand, ging es mit 0:0 in die Pause. In der zweiten Hälfte erspielte sich der FCL dann etliche gute Chancen, bot allerdings den Medebachern auch Gelegenheit zu gut gesetzten Kontern. Gegen Ende der Partie machte sich schließlich der enorme Kräfteverschleiß beim FC Landtag bemerkbar. Die Abwehr kroch buchstäblich auf dem Zahnfleisch. So landeten die Medebacher am Ende dann doch noch den berühmten „lucky punch“ zum knappen Sieg.

Hans Zinnkann



Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen
Eckhard Uhlenberg
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernnd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:

Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdB (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Britta Altenkamp MdB (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Sigrid Beer MdB (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdB (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Michalowsky (Linke), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Uwe Steinkrüger (Linke), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 14. Oktober bis zum 30. November 2010

15.10. Lüders, Nadja (SPD)	40
23.10. Schemmer, Bernhard (CDU)	60
25.10. Rickfelder, Josef (CDU)	59
25.10. Gödecke, Carina (SPD)	52
28.10. Bolte, Matthi (Grüne)	25
29.10. Jahl, Armin (SPD)	63
3.11. Kramer, Hubertus (SPD)	51
4.11. Eiskirch, Thomas (SPD)	40
7.11. Neumann, Josef (SPD)	50
8.11. Asch, Andrea Ursula (Grüne)	51
15.11. Ünal, Arif (Grüne)	57
17.11. Brunert-Jetter, Monika (CDU)	55
19.11. Schulze Föcking, Christina (CDU)	34
21.11. Golland, Gregor (CDU)	36
22.11. Roth, Wolfgang (SPD)	61
22.11. Schäffer, Verena (Grüne)	24
28.11. Börschel, Martin (SPD)	38
29.11. Weiß, Rüdiger (SPD)	50
30.11. Sieveke, Daniel (CDU)	34

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 65

16.10. Stallmann, Klaus (CDU)	65
17.10. Feldhaus, Bernd (SPD)	80
20.10. Rothstein, Erika (SPD)	75
11.11. Ebert, Franz (CDU)	70
12.11. Wrede, Lothar (SPD)	80
25.11. Dr. Farthmann, Friedhelm (SPD)	80

Termine

29.10.2010 Sondersitzung des Landtags zum Thema Kommunal финанzen; nächste reguläre Sitzungen: 10.-12.11.2010

13.11.2010 Volkstrauertag; gemeinsame Gedenkstunde von Landtag, Landesregierung und Volksbund Kriegsgräberfürsorge in Weeze

30.11.-10.12.2010 Ausstellung „Wasser ist Leben“

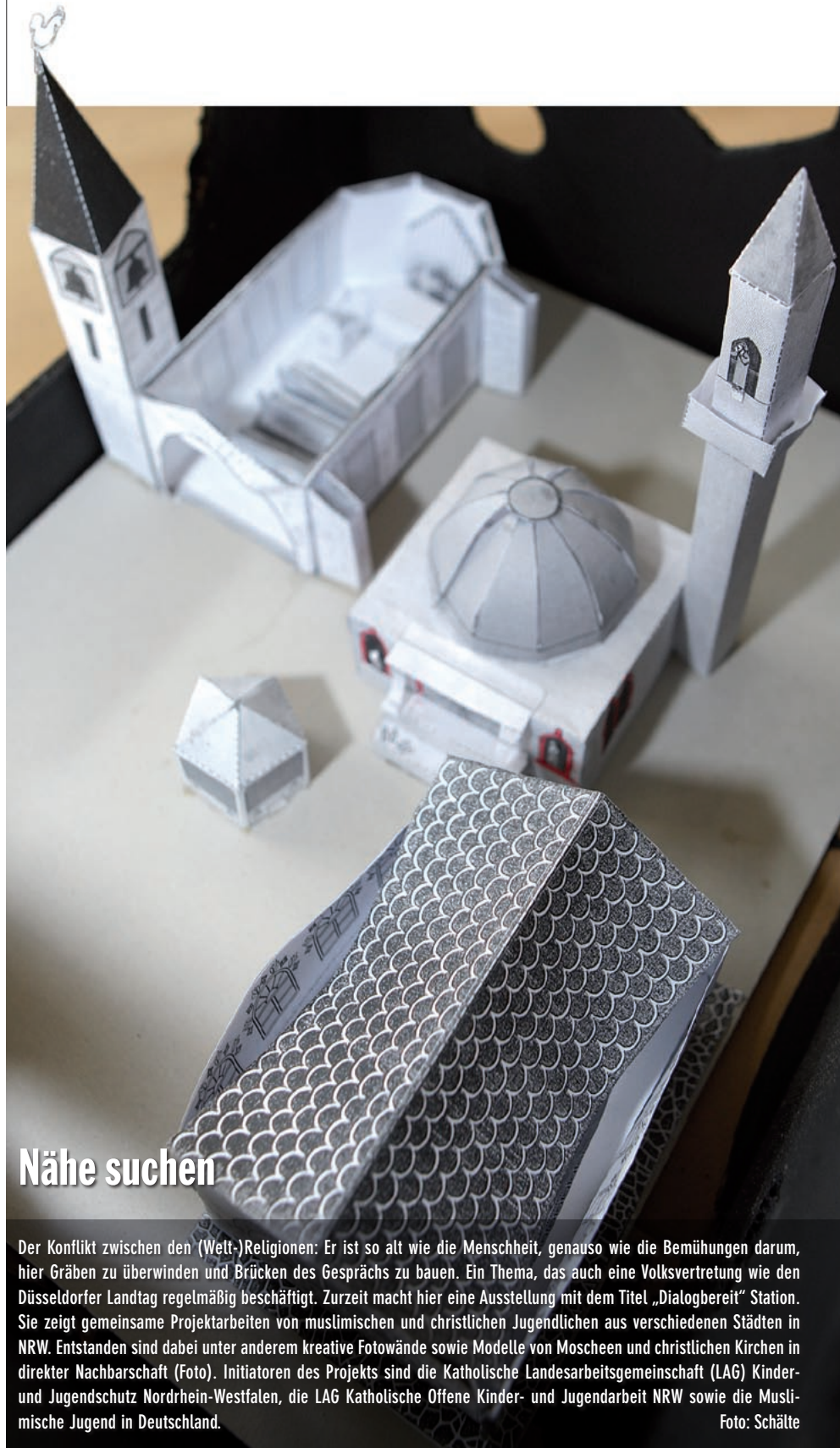
Besuchersonntage: 17. und 24. Oktober 2010

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint wieder am 1. Dezember 2010.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Msgr. Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 11. November 2010 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03. Der Vorgänger von Msgr. Hülskamp, Prälat Karl-Heinz Vogt, ist am 28. September 2010 feierlich verabschiedet worden.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Nähe suchen

Der Konflikt zwischen den (Welt-)Religionen: Er ist so alt wie die Menschheit, genauso wie die Bemühungen darum, hier Gräben zu überwinden und Brücken des Gesprächs zu bauen. Ein Thema, das auch eine Volksvertretung wie den Düsseldorfer Landtag regelmäßig beschäftigt. Zurzeit macht hier eine Ausstellung mit dem Titel „Dialogbereit“ Station. Sie zeigt gemeinsame Projektarbeiten von muslimischen und christlichen Jugendlichen aus verschiedenen Städten in NRW. Entstanden sind dabei unter anderem kreative Fotowände sowie Modelle von Moscheen und christlichen Kirchen in direkter Nachbarschaft (Foto). Initiatoren des Projekts sind die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Kinder- und Jugendschutz Nordrhein-Westfalen, die LAG Katholische Offene Kinder- und Jugendarbeit NRW sowie die Muslimische Jugend in Deutschland.

Foto: Schälte